

Willy Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Ghetto ist in die Geschichte eingegangen. Aber hat der deutsche Bundeskanzler sich wirklich für Polen interessiert? Wie intensiv und seit wann? Der Kölner Historiker Rainer Behring stellt diese Fragen und kommt zu einem irritierenden Befund: Brandts Blick nach Osten ging über Polen hinweg und richtete sich vor allem auf die Sowjetunion, die in seinen Augen lange keine Bedrohung für die Freiheit Polens darstellte. Das änderte sich erst 1947/48, als der Sozialdemokrat mit linkssozialistisch-revolutionärer Vergangenheit alle Illusionen über Moskau verlor. Polen gewann in Brandts Vorstellungswelt nun langsam eigenes Gewicht, auch wenn keine Rede davon sein kann, daß von solchen Einsichten ein gerader Weg zur Aussöhnung und zum Warschauer Vertrag von 1970 führte.

Rainer Behring

Normalisierung auf Umwegen

Polen in den politischen Konzeptionen Willy Brandts 1939–1966

Die kollektive Erinnerung in Deutschland und der Welt verbindet die Begriffe Willy Brandt und Polen nahezu reflexartig mit dem Kniefall von Warschau am 7. Dezember 1970. Das Foto des knienden Bundeskanzlers vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos ist „zur politischen Ikone geworden“¹. Brandts Geste „verdichtete den moralischen Aspekt der Aussöhnung mit dem Osten; das Bild ging um die Welt und gehört seitdem zur Ikonographie der Bundesrepublik: Ein deutscher Bundeskanzler bat um Vergebung für die Verbrechen seines Volkes; der Kniefall war das spektakuläre Symbol der neuen Ostpolitik“². So oder ähnlich lautet der Konsens in jüngeren Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik. Dabei bleibt durchaus unklar, wem Brandts Geste galt. Er selbst äußerte sich dazu stets denkbar vage³. Tatsächlich ist es fraglich, ob der Bundeskanzler überhaupt auf Polen und das deutsch-polnische Verhältnis abzielte oder ob es Brandt nicht vielmehr dem Ort des Geschehens entsprechend um ein Sühnzeichen angesichts der Ermordung der europäischen Juden, um eine Ehrung des europäischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Herrschaft oder um ein globales Gedenken der Opfer der deutschen Kriegs- und Vernichtungspolitik ging. Der kommunistischen Regierung Polens war die Geste Brandts vor dem

¹ Zuletzt zusammenfassend Christoph Schneider, Der Kniefall von Warschau. Spontane Geste – bewußte Inszenierung?, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. II: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 410–417, mit weiteren Literaturhinweisen, Zitat S. 410.

² Edgar Wolfrum, Die glückliche Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 297; vgl. auch Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 544.

³ Vgl. Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 214 f.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ghetto-Mahnmal jedenfalls denkbar unangenehm, und der polnischen Bevölkerung wurden die Bilder des Kniefalls lange vorenthalten⁴.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, daß die Frage nach der Rolle Polens in Willy Brandts politischen Konzeptionen *vor* den Verhandlungen des Jahres 1970 und *jenseits* des Warschauer Vertrages bislang nicht gestellt worden ist; sie wurde jedenfalls nie systematisch untersucht. Der Themenkomplex Brandt, Polen und Aussöhnungspolitik wirkt im kollektiven Gedächtnis gleichsam als ein erratic Block, der keinerlei Veränderungen in der Zeitachse unterworfen war und der im Grunde überhaupt nur für das Jahr 1970 als Objekt öffentlichen Interesses und zeitgeschichtlicher Erforschung aufscheint und Bedeutung erlangt hat⁵. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, den Stellenwert Polens und seine Rolle in den politischen Überlegungen Willy Brandts von den späten dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts unter dem analytisch leitenden Gesichtspunkt zu beleuchten, inwiefern Brandt über die Jahrzehnte hinweg einen geraden Weg verfolgte, der konsequent zu deutsch-polnischer Aussöhnung und „Neuer Ostpolitik“ führte.

Fragestellung und Forschungsstand

Am 1. Dezember 1966 wurde Willy Brandt, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum Bundesminister des Auswärtigen in der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ernannt, die sich im Bundestag auf eine Große Koalition von CDU/CSU und SPD stützte⁶. Eine Woche später empfing Brandt den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn, George McGhee, zu einem Gespräch über die außenpolitischen Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland⁷. „Zur Frage der Beziehungen mit

⁴ Vgl. Michael Wolffsohn/Thomas Brechenmacher, Denkmalsturz? Brandts Kniefall, München 2005, S. 58–61.

⁵ Einen kritischen Reflex auf Brandts Verhalten gegenüber der polnischen antikommunistischen Opposition in den 1980er Jahren warf immerhin bereits Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 448.

⁶ Zur Geschichte der Großen Koalition von 1966 bis 1969 und der Regierung Kiesinger/Brandt sowie insbesondere zu ihrer Außenpolitik siehe Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 241–416, bes. S. 301–352; Reinhard Schmoedel/Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, bes. S. 129–230; Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004, bes. S. 90–129 u. S. 380–428; sowie Willy Brandt, Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, Berliner Ausgabe, Bd. 6, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, Einleitung, S. 15–39. Hinweise auf weitere Spezialliteratur bietet der Forschungsbericht von Oliver Bange, Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik, in: Archiv für Sozialgeschichte 46 (2006), S. 713–736, hier S. 720–726.

⁷ Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, 8. 12. 1966, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966. Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1966 (künftig: AAPD 1966 II), bearb. von Matthias Peter und Harald Rosenbach, München 1997, Dok. Nr. 390, S. 1596–1604, die folgenden Zitate S. 1598 f.

den osteuropäischen Ländern“ führte Brandt aus, die bestehenden Kontakte sollten ausgebaut werden. In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, deren außenpolitischen Teil Kiesinger in diesen Tagen in enger Anlehnung an die Vorstellungen der SPD-Führung formulierte⁸, „werde auch angedeutet werden, daß man zu einer Normalisierung im Sinne diplomatischer Beziehungen mit einigen osteuropäischen Ländern bereit sei, doch werde man keine Namen nennen. [...] Was Polen angehe, so werde man den Begriff ‚Oder-Neiße-Linie‘ nicht benutzen, sondern von der Rolle sprechen, die Polen in Europa spiele. Gleichzeitig werde man Verständnis zum Ausdruck bringen für die Empfindungen der Polen und für ihren Wunsch nach Sicherheit für ihre Grenzen.“ Man werde ferner „anduten, daß man deutscherseits im Zusammenhang mit einem Friedensvertrag bereit wäre, über Lösungen zu sprechen, die sicher nicht für alle einfach zu akzeptieren wären“. Es sei nicht beabsichtigt, der polnischen Regierung gegenüber etwas Nettes zu sagen. Stattdessen seien diese Äußerungen „für die polnische Bevölkerung und für die Freunde Deutschlands im Ausland bestimmt, damit sie die Deutschen nicht für unbeweglich hielten. Das Wort ‚Opfer‘ solle nicht genannt werden, vielmehr wolle man von ‚Rücksichtnahme‘ auf die gegenseitigen vitalen Interessen sprechen, wobei deutscherseits an die Wiedervereinigung gedacht sei.“

Diese knappen Bemerkungen zur künftigen Polenpolitik werden ergänzt durch einige einschlägige Hinweise in den Erläuterungen eines Acht-Punkte-Programms der Sozialdemokratie zu den Aufgaben einer neuen Bundesregierung, die im Zuge der sich anbahnenden Koalitionsverhandlungen am 12. November 1966 veröffentlicht wurden⁹. Darin hieß es allgemein zur Außenpolitik, die Bundesregierung müsse „darauf hinwirken, den Frieden durch innereuropäische Normalisierung und Aussöhnung sicherer zu machen, um in diesem Rahmen die Spaltung Deutschlands zu überwinden“. Insbesondere müsse sie „aktiv für die Normalisierung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarvölkern und für die Versöhnung mit ihnen eintreten“. Daher werde die künftige Bundesregierung „volle diplomatische Beziehungen mit allen Staaten Osteuropas“ erstreben, „die dafür keine unannehmbaren Bedingungen stellen“. Im Rahmen einer solchen Normalisierungspolitik müsse man „eine Initiative zur Weiterentwicklung internationaler Rüstungsbegrenzung und -kontrolle und zum Austausch von rechtlich bindenden Gewaltverzichtserklärungen ergreifen“ und sich bemühen, „den Handelsaustausch mit den osteuropäischen Staaten zu erweitern und im Rahmen der

⁸ Vgl. dazu Willy Brandt, Die Übernahme des Auswärtigen Amtes. Ansprache nach Übergabe des Amtes durch Minister G. Schröder am 6. Dezember 1966, in: Ders., Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Europapolitik. Grundsätzliche Erklärungen während des ersten Jahres im Auswärtigen Amt, Berlin 1968, S. 9–11. Endgültiger Text: Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vor dem 5. Deutschen Bundestag, 13. Dezember 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe/Bd. 1: 1. Dezember 1966 bis 31. Dezember 1967. Erster Halbband (1. 12. 1966–31. 5. 1967), bearb. von Gisela Oberländer, Frankfurt a. M. 1984, S. 56–61.

⁹ Aus der Erläuterung des Acht-Punkte-Programms der SPD: Aufgaben einer neuen Bundesregierung, 12. November 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 12: 1. Januar bis 30. November 1966, Zweiter Halbband (1. 6.–30. 11. 1966), bearb. von Gisela Oberländer, Frankfurt a. M. 1981, S. 1674–1677. Daraus die folgenden Zitate.

EWG Einfuhren aus Osteuropa zu erleichtern“. Schließlich müsse die Bundesregierung „Grundzüge einer friedensvertraglichen Regelung vorbereiten“, sie mit ihren Verbündeten besprechen und sie dann „in Übereinstimmung mit diesen mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern erörtern, um eine Lösung der deutschen Frage vorzubereiten“.

Bereits als Regierender Bürgermeister von Berlin hatte Brandt „wiederholt eine Aktivierung der deutschen Ostpolitik gefordert“, wie das *Hamburger Abendblatt* Anfang September 1966 anlässlich eines Interviews mit dem SPD-Vorsitzenden konstatierte¹⁰. Brandt lobte die einschlägigen Bemühungen der Bundesregierung unter Ludwig Erhard¹¹ ausdrücklich, „zumal sie wesentlich auch auf Anregungen der SPD“ zurückgingen. Doch deutete er die Bereitschaft an, weiter zu gehen: „Ich bin für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wo das ohne unzumutbare Forderungen der betreffenden Staaten möglich ist.“¹² Wer dafür und „für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und damit auch für bessere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten“ eintrete, der müsse allerdings „den Versuch machen, von der tatsächlichen Lage auszugehen und widerstreitende Rechtsauffassungen auszuklammern“. Der Frage nach einer Lösung für das Problem der Oder-Neiße-Linie wich Brandt aus, indem er die Aufnahme von Verhandlungen mit Polen vorerst für aussichtslos erklärte: „Die polnische Regierung hat ihre Feindseligkeit gegenüber der Bundesrepublik so übersteigert, daß ich hier bis auf weiteres keine Möglichkeit sehe, zu normalen Beziehungen zu gelangen.“ Trotzdem „sollten wir klarmachen, daß uns daran gelegen ist, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Polen zu verstärken und damit den Weg für eine Normalisierung vorzubereiten“. Zumindest indirekt hatte Brandt dabei auch die Deutsche Demokratische Republik im Sinn: In jedem Fall würde „ein positiveres Verhältnis zu osteuropäischen Staaten“ nach menschlichem Ermessen auch die Entwicklung „in der Zone“ – so Brandt noch 1966 – „eher günstig als ungünstig beeinflussen“.

Aus solchen verstreuten Bemerkungen im Herbst 1966 wird man kaum die Konzeption einer spezifischen Polenpolitik herausarbeiten können. Ohnehin waren die Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen kaum aus dem internationalen Kontext zu isolieren, die Zusammenhänge waren zu komplex. Alles hing mit allem zusammen¹³: Jegliche Initiative der Bundesregierung zu einer aktiveren

¹⁰ Interview des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, für das *Hamburger Abendblatt* am 3. 9. 1966, in: Ebenda, S. 1283–1285. Daraus die folgenden Zitate.

¹¹ Siehe dazu ausführlich Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 83–99 u. S. 187–202.

¹² Brandt wies im Sinne der „Geburtsfehlertheorie“ darauf hin, daß dies in keinem Widerspruch zur „Hallstein-Doktrin“ zu stehen brauche: „Hier handelt es sich doch um Staaten, die schon, seitdem das, was sich DDR nennt, besteht, diplomatische Beziehungen zu Ost-Berlin unterhalten und nach Lage der Dinge nichts anderes tun konnten.“ Interview Brandts mit dem „*Hamburger Abendblatt*“, 3. 9. 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 12/2, S. 1284.

¹³ Vgl. zum internationalen Kontext der bundesdeutschen Ostpolitik in den 60er und 70er Jahren Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 323–339; Werner Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969–1974, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jä-

Entspannungspolitik gegenüber den Staaten des Ostblocks konnte nur in engster Abstimmung mit den westlichen Verbündeten und der Vormacht Vereinigte Staaten von Amerika erfolgen – die seit den frühen 1960er Jahren der Sache eher fördernd als hemmend gegenüberstanden und den neuen Außenminister der Bundesrepublik in seinen Bestrebungen ausdrücklich ermutigten¹⁴. Eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern jenseits des „Eisernen Vorhangs“ betraf außerdem die Belange der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Und ohne Berücksichtigung der Interessen der Sowjetregierung oder gar gegen sie war ein Ausgleich mit Polen oder anderen Staaten Ostmitteleuropas ohnehin nicht möglich, schon gar nicht eine entscheidende Veränderung des Status quo hinsichtlich der gesamteuropäischen Sicherheit oder der deutschen Frage. Selbst die Regierung der DDR konnte bei einem Versuch, engere Beziehungen zu Polen herzustellen, kaum außer acht gelassen werden. Einer Annäherung an Polen sollte gleichwohl, so auch die Position Brandts und der SPD, weder die Politik der völkerrechtlichen Nichtanerkennung der DDR geopfert werden, noch die Weigerung der Bundesrepublik, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze der Volksrepublik Polen rechtsverbindlich anzuerkennen. Insgesamt hatten sich also allenfalls die Verhandlungsgegenstände, um die auf dem Weg zu einer Normalisierung des bundesdeutsch-polnischen Verhältnisses gerungen werden mußte, beim Amtsantritt der Regierung Kiesinger/Brandt bereits deutlich abgezeichnet: Es handelte sich um die Formulierung einer Gewaltverzichtserklärung, um das Problem der Oder-Neiße-Grenze und um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Als Außenminister und später als Bundeskanzler agierte Willy Brandt auf der festen Grundlage des westlichen Bündnisses. „Es gibt keine Sicherheit für Europa ohne die USA“¹⁵, hatte die SPD-Führung im November 1966 lapidar festgestellt; Brandt selbst bekräftigte gegenüber dem US-Botschafter „die Gefühle der Freundschaft, die auch bisher das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gekennzeichnet hätten“¹⁶. Mit dieser Bestätigung der Westbindung, die für die SPD seit 1960 außer Frage stand, korrespondierte in Brandts Denken ein – wenn auch stets gesprächsbereiter – Antikommunismus, der sich in seinen Bemerkungen zu Polen in einer deutlichen Differenzierung zwischen dem kommunistischen Regime und der Bevölkerung artikuliert.

Westbindung und Antikommunismus hatten jedoch nicht immer die Grundlage von Brandts außenpolitischen Konzeptionen gebildet. In den Jahren 1944/45,

ger/Werner Link, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 163–282, hier S. 163–179; Wolfram F. Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994, 2., völlig überarbeitete und erweiterte Aufl., Paderborn u. a. 1995, Kap. 6 u. 7, S. 175–221; Helga Haftendorn, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Stuttgart/München 2001, Kap. V, S. 173–218; Bange, Ostpolitik, passim.

¹⁴ Vgl. dazu nur die einschlägigen Bemerkungen des US-Botschafters McGhee zu Brandt am 8. 12. 1966, in: AAPD 1966 II, Dok. Nr. 390, S. 1600f.

¹⁵ Aus der Erläuterung des Acht-Punkte-Programms der SPD, 12. 11. 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 12/2, S. 1674.

¹⁶ Brandt im Gespräch mit McGhee, 8. 12. 1966, in: AAPD 1966 II, Dok. Nr. 390, S. 1596.

gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, bestimmten andere Determinanten das Denken des gerade zur Sozialdemokratie zurückkehrenden langjährigen revolutionären Linkssozialisten im skandinavischen Exil. Kennzeichnend für Brandts politische Überlegungen und Einstellungen sowie für seine Sozialisation von den dreißiger bis zu den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts war weniger „die bewundernswerte Kontinuität Brandtschen Denkens“, die Helga Grebing postuliert¹⁷, sondern eine von tiefen Brüchen und taktischen Wendungen, auch von grundsätzlichem Umdenken in wichtigen die Außenpolitik berührenden Themenkomplexen geprägte Entwicklung, wie sie für nicht wenige erfolgreiche Politiker unter demokratischen Verhältnissen charakteristisch sein dürfte.

Gewiß ist es möglich, die Bedeutung von Brandts Denken in der Exilzeit für sein späteres politisches Wirken unterschiedlich zu beurteilen. Doch erscheint es fragwürdig, seine dezidiert unkritische und wohlwollende Einschätzung der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik, die bis 1947/48 anhielt und die seine Wahrnehmung Polens ebensolange trübte, mit Einhart Lorenz als „naiv“ abzutun¹⁸: Tatsächlich ergab sie sich aus einem konsequenten Festhalten an dem Weltbild, das der Funktionär der linksrevolutionären, im Grunde weithin unorthodox kommunistischen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) sich seit den frühen dreißiger Jahren geschaffen hatte und das er erst im Laufe der vierziger Jahre in einem langwierigen Prozeß überwinden oder sublimieren sollte. Ebenso wenig überzeugt das Bemühen von Hans-Peter Schwarz, die „linkssozialistische Prägung“ des jungen Brandt als „die naturgemäß verworrenen frühen Jahre“ eines „noch unfertigen, ins Exil gezwungenen jungen Mannes“ für irrelevant zu erklären¹⁹. Vielmehr gilt es, genau zu analysieren, inwiefern die in der Exilzeit entwickelten Konzeptionen, Überzeugungen und Ressentiments Brandts Denken und Handeln auf seinem weiteren politischen Weg beeinflussten, wo radikales Umdenken zu erkennen ist und wo Relikte linkssozialistischer Sozialisation auch nach Jahrzehnten wieder zutage traten²⁰.

¹⁷ Grebing in einem Vortrag am 16. 10. 2000 im Kaminsaal des Bremer Rathauses anlässlich der Vorstellung von Bd. 2 der „Berliner Ausgabe“ von Brandts Reden und Schriften, zit. nach Heiner Lindner, Willy Brandt: „Berliner Ausgabe“. Der erste Exilband wurde in Bremen vorgestellt, in: Neuer Nachrichtenbrief der Gesellschaft für Exilforschung e.V. Nr. 16 (Dezember 2000), S. 9–11, hier S. 10.

¹⁸ Willy Brandt, Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, Berliner Ausgabe, Bd. 2, bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, Einleitung, S. 33; Willy Brandt, Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946, bearb. von Einhart Lorenz (Willy-Brandt-Dokumente, Bd. 1), Bonn 2007, Einleitung, S. 29.

¹⁹ Hans-Peter Schwarz, Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998, S. 674.

²⁰ Eine kritische Untersuchung von Brandts Einstellung gegenüber den USA würde exemplarisch reiches Material für eine alles andere als geradlinige Entwicklung bieten, die seit den späten siebziger Jahren in wesentlichen Aspekten auf die „linkssozialistische Prägung“ zurückwies. Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963, Wiesbaden 2001, S. 19, weist darauf hin, daß Brandts „grundsätzliche Überzeugungen, Ideen und Perzeptionen in der Exilzeit [...] langfristig wirkten“.

Der vorliegende Beitrag wird Kontinuitäten wie Wandlungen in Brandts Einschätzung Polens und des deutsch-polnischen Verhältnisses im europäischen Zusammenhang bis 1966 behandeln und versuchen, sie ansatzweise in den Kontext sozialdemokratischer und deutscher Außenpolitik und des internationalen Hintergrundes einzuordnen. Dabei kann es sich allerdings angesichts eines praktisch nicht existenten Forschungsstandes zum Thema „Brandt und Polen“ zumindest für den hier behandelten Zeitraum nur um die vorläufigen Ergebnisse einer ersten Annäherung handeln²¹. Die geringe Aufmerksamkeit der Forschung korrespondiert mit der Tatsache, daß ein spezifisches Interesse Willy Brandts an Polen oder an den Geschicken der polnischen Bevölkerung bis in die sechziger Jahre hinein nicht zu beobachten ist²². Brandts Überlegungen zu Polen waren – und das entsprach nach dem Urteil des deutschen Polenspezialisten Dieter Bingen der Haltung nahezu des gesamten politischen Establishments der Bundesrepublik²³ – durchgehend eher funktionaler Art und ergaben sich aus seinen Vorstellungen von der Rolle der Sowjetunion in der internationalen Politik, aus seiner Beschäftigung mit der deutschen Frage, zunehmend dann aus allgemeinen Erwägungen über die Rolle, die die kleineren ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten des Ost-

²¹ Nützlich sind die Arbeiten von Ludwig Elsing, Polenpolitik der SPD 1960 bis 1970, in: Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S.55–65, und ders., Sozialdemokratie und Polen. Die Polenpolitik der SPD bis zum Warschauer Vertrag, Diss. phil. Bonn 1981. Als in keiner Weise hilfreich erweist sich der Katalog Willy Brandt und Polen. Für Frieden in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Beiheft mit einem Vorwort von Holger Börner, Bonn 2000. Auch die „Berliner Ausgabe“ liefert zumindest für Brandts Berliner Jahre wenig einschlägiges Material, allein schon deshalb, weil die Bearbeiter der beiden chronologisch relevanten Bände aufgrund jeweils anderer inhaltlicher Schwerpunktsetzungen ihr Augenmerk nicht auf außenpolitische Aspekte richten konnten: Willy Brandt, Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, Berliner Ausgabe, Bd. 3, bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004; ders., Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, Berliner Ausgabe, Bd. 4, bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000, vgl. in beiden Bänden das Sachregister s. v. „Polen“ und „Oder-Neiße-Grenze“. Die „Berliner Ausgabe“ bietet für eine Analyse von Brandts Vorstellungen von Deutschlands Außenpolitik und seiner Perzeption der internationalen Beziehungen im Zeitraum bis 1966 insgesamt eine denkbar dürftige Grundlage. Selbst ein oberflächlicher Blick in die „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ ist weitaus hilfreicher. Ein Zusatzband „Außen- und Deutschlandpolitik bis 1966“ stellt angesichts von Brandts Format und Bedeutung als Außenpolitiker bereits in seiner Berliner Zeit ein Desiderat dar.

²² Die verschiedenen Erinnerungsschriften Brandts vermitteln ebenso wie die bisher gründlichste und umfangreichste Biographie von Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, München 2002, jedenfalls nicht den Eindruck, Brandt habe sich vor Ende der sechziger Jahre in irgendeiner Weise intensiv mit Polen befaßt. Auch von Kontakten Brandts zu polnischen Exilpolitikern im Zeitraum von 1948 bis 1966 ist nichts bekannt.

²³ Vgl. Dieter Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, passim; explizit ebenda, S. 16: „Über die einzelnen Epochen bundesdeutscher Beziehungen zu Polen hinweg war Ostpolitik eine abgeleitete Funktion der Deutschlandpolitik und der Westpolitik nachgeordnet“ – Bingen spricht von der „instrumentale[n] Funktion“ der Polenpolitik –, und S. 312: „Eine über 40 Jahre währende Kontinuität kann zudem die Unterordnung der Beziehungen zu Polen unter das Verhältnis zur Sowjetunion für sich in Anspruch nehmen.“

blocks in diesen Problemzusammenhängen spielen konnten, und schließlich aus Brandts Vorstellungen von den Aufgaben, die die Bundesrepublik im Rahmen der von den Westmächten und primär von den USA vorangetriebenen Entspannungspolitik gegenüber dem Sowjetimperium übernehmen könnte.

Zwischen Verteidigung und Kritik: Brandt und die Sowjetunion bis 1941

Schon für die Exilzeit sind Brandts Vorstellungen von Polen nur auf Umwegen zu ermitteln, denn bis 1947/48 stand die UdSSR im Zentrum seiner außenpolitischen Konzeptionen. Der SAP-Funktionär hatte während der dreißiger Jahre ein Weltbild verinnerlicht, in dem die Sowjetunion als *der* Staat galt, in dem das Proletariat zur Macht gelangt sei, der „ein höheres gesellschaftliches Prinzip“ verkörpere, wie es Jacob Walcher ausdrückte, politischer Führer der SAP und Freund und Mentor Brandts in den ersten Jahren seines Exils. Demgegenüber galten die Staats- und Gesellschaftsordnungen der übrigen Mächte als kapitalistisch, imperialistisch, faschistisch; sie waren zu bekämpfen, die UdSSR war zu verteidigen. Die Außenpolitik der Sowjetunion verdiene die volle Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung. Sie sei prinzipiell auf Frieden bedacht, weil die UdSSR als proletarischer Staat keine imperialistischen Interessen verfolge und sich auf den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft konzentriere²⁴. Die Vorbildfunktion der Oktoberrevolution und der daraus erwachsenen sozioökonomischen Umgestaltungen stand für Brandt und andere revolutionäre Linksozialisten außer Zweifel, sie wurde nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Wenn man etwas zu kritisieren hatte, dann richtete sich die Kritik auf die Folgen einer „Entartung“ der Sowjetherrschaft, auf ein Abweichen von sozialistischen Tugenden, das primär von Stalin und seinem bürokratischen Apparat zu verantworten sei²⁵.

Zwischen 1939 und 1947/48 unterlag Brandts Einschätzung der sowjetischen Politik einem Wandel, der mit einem dreifachen Kurswechsel insbesondere in seinem Urteil über die Außenpolitik der Sowjetunion und ihre Rolle im Rahmen der internationalen Beziehungen verbunden war. 1939/40 äußerte Brandt drastische und öffentliche Kritik an der gewaltsamen Aggressions- und Annexionspolitik der Sowjetführung und an ihrer faktischen Unterstützung der deutschen Kriegspolitik, er sah in der Sowjetmacht keinen bevorzugten Partner mehr für die europäische Arbeiterbewegung und wollte sie von der Neugestaltung Europas nach dem Kriege nach Möglichkeit ausgeschlossen wissen. Diese Kritik war aller-

²⁴ Rainer Behring, *Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945*, Düsseldorf 1999, S. 127f.; vgl. ebenda, S. 55f., S. 82–87 u. S. 208–215.

²⁵ Vgl. ebenda und Merseburger, Willy Brandt, S. 96, S. 105–108 u. S. 124f., sowie für Geschichte und politisches Denken der SAP insgesamt die Arbeiten von Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, ND Hannover 1983, und Jörg Bremer, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–1945*, Frankfurt a. M./New York 1978. Zum Begriff der „Entartung“ in diesem Zusammenhang vgl. die Reflexionen von Willy Brandt, *Links und frei. Mein Weg 1930–1950*, Hamburg 1982, S. 279–286.

dings durchaus vereinbar mit Brandts Überzeugung von der ökonomischen und sozialen Überlegenheit des Sowjetsystems, dem in der Rivalität mit der kapitalistisch organisierten Welt die Zukunft gehöre.

Seit 1941/42 stand Brandts Darstellung der Sowjetunion dann wieder stärker im Zeichen seiner linkssozialistischen Prägung. Sie war frei von jeglicher Kritik und trug unter dem Eindruck der militärischen Erfolge der Roten Armee bis 1944/45 zunehmend beschönigende Züge. Brandt war gewiß kein Stalinist, und seine Überlegungen zur verfassungs- und innenpolitischen Gestaltung eines sozialistischen Deutschlands nach Hitler näherten sich gerade in diesem Zeitraum weitgehend demokratisch-parlamentarischen Vorstellungen an, doch die Sowjetmacht mutierte in Brandts Äußerungen nun zur unverzichtbaren und vertrauenswürdigen Mitgestalterin der europäischen Geschichte nach der Niederlage des Deutschen Reiches, deren Ziel im friedlichen Wiederaufbau in Kooperation mit den Westmächten und den betroffenen Bevölkerungen bestand. Brandt maß der Sowjetpolitik in dieser Phase keinerlei aggressive Absichten bei. Erst 1946 übte er intern wieder Kritik am Verhalten der Sowjetmacht insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, und Ende 1947, vor allem aber seit Februar 1948 positionierte sich Brandt endgültig als entschiedener Gegner der sowjetischen Politik, die er jetzt als gleichermaßen innen- wie außenpolitisch gewaltsam charakterisierte und verurteilte. Bei dieser Phaseneinteilung gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß Willy Brandt mitunter ein Mann „des Sowohl-als-auch und der langsamen Übergänge“ sowie „von einander überlappenden Vorstellungen“ war. Die Entwicklung seiner politischen Positionen von 1939 bis 1948 verlief mithin weder widerspruchsfrei, noch ist sie in jeder Hinsicht mit der wünschenswerten Präzision aus den verfügbaren Quellen zu erschließen²⁶.

Das Verhalten der Sowjetführung in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs stellte das in der SAP herrschende idealisierte Bild der UdSSR radikal in Frage. Brandt war bereits gegen Ende der dreißiger Jahre zunehmend auf Distanz zu Stalins Methoden und seiner Politik gegangen. Das sowjetische Verhalten im Spanischen Bürgerkrieg hatte ihn befremdet, er verurteilte die willkürlichen Verhaftungen und Massenerschießungen in der Sowjetunion, die Formen kommunistischer Propaganda und die Säuberungen unter den kommunistischen Parteien im Rahmen der Dritten Internationale²⁷. Doch erst der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, die darauf aufbauende partielle Zusammenarbeit der nationalsozialistischen und der bolschewistischen Diktatur und der sowjetische Angriff auf Finnland Ende November 1939 führten bei Brandt wie bei vielen anderen Freunden der Sowjetunion erstmals zu einem grundsätzlichen

²⁶ Zitate in: Merseburger, Willy Brandt, S. 198. Für eine differenzierte Darstellung der Entwicklung von Brandts politischem Denken während des Krieges vgl. Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 568–593.

²⁷ So etwa in der Broschüre Spaltung oder Sammlung. Die Komintern und die Kommunistischen Parteien, Mitte Juni 1939, Auszüge in: Willy Brandt, Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940, Berliner Ausgabe, Bd. 1, bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, Dok. Nr. 58, S. 400–422, hier S. 408–413 u. S. 416–420.

Überdenken vertrauter Positionen²⁸. Indem die Sowjetregierung „ein Bündnis mit dem nazistischen Deutschland“ geschlossen habe, habe sie „einen tiefen Graben zwischen sich und der europäischen Arbeiterbewegung aufgerissen“; die Sowjetunion habe sich „deshalb selbst als ein Teil der internationalen sozialistischen Bewegung und als ein Teil der Kampffront für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Nationen ausgeschaltet“²⁹.

Direkte Auswirkungen zeitigte die „nur auf die eigenen Interessen orientiert[e]“ neue „Linie der russischen Außenpolitik“ zunächst für Polen: Hatte Brandt in den ersten Tagen des deutsch-polnischen Krieges noch auf die „Möglichkeit eines weiteren polnischen Widerstandes“ gehofft³⁰, so sah er diesen Widerstand „zum Zusammenbrechen verurteilt“, nachdem die Sowjetregierung am 16. September 1939 der Roten Armee den Befehl zur Besetzung Ostpolens gegeben hatte und der Einmarsch sowjetischer Truppen am darauffolgenden Tag erfolgt war. Ergebnis des deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 28. September sei schließlich nicht bloß „eine weitgehende wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit“ der beiden Mächte, sondern ebenso „Polens Teilung“ gewesen³¹. Brandt verurteilte nicht nur die sowjetische Unterstützung für Deutschlands Krieg gegen Polen: Die Sowjetführung „beteiligte sich selbst an diesem Überfall und begann danach, andere Staaten anzugreifen. Die baltischen Staaten wurden dem russischen Kommando als Vasallenstaaten untergeordnet. Finnland wurde überfallen.“ Zugleich, so Brandt im Frühjahr 1940, nehme „die Allianz zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus immer festere Formen“ an. Kurzum, die Sowjetunion habe „alles, was mit der sozialistischen Arbeiterbewegung verbunden war, über Bord geworfen“³².

²⁸ Vgl. dazu Einhart Lorenz, Willy Brandt in Norwegen. Die Jahre des Exils 1933 bis 1940, Kiel 1989, S. 234f.; zur Einordnung in den Kontext sozialdemokratischen und sozialistischen Denkens Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 219–227.

²⁹ Willy Brandt, Die Außenpolitik der Sowjetunion 1917–1939, Oktober 1939, Auszüge in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 61, S. 429–433, hier S. 431.

³⁰ Willy Brandt, Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben. Notizen zu einem Vortrag, 9. September 1939, in: Ebenda, Dok. Nr. 60, S. 425–429, Zitate S. 426f.

³¹ Brandt, Außenpolitik der Sowjetunion, in: Ebenda, Dok. Nr. 61, Zitate S. 429.

³² Willy Brandt, Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa, April 1940, Auszüge in: Ebenda, Dok. Nr. 65, S. 468–495, hier S. 471. Noch deutlicher im Wortlaut und schärfer in den Formulierungen: Auslandsvertretung der SAP, Unsere Stellung zum jetzigen Krieg. Aufzeichnung vom Dezember 1939, bes. S. 2–5, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (künftig IfZ-Archiv), ED 200 (Sammlung Werner Röder). Vgl. dazu auch Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 225f. mit Anm. 23. Anders als dort und ursprünglich von Röder vermutet, dürfte das Dokument nicht in London, sondern in Oslo unter Federführung Brandts entstanden sein, unter Berücksichtigung „verschiedener Änderungsvorschläge von Freunden im Norden“ (Vorwort, S. 1). Es handelt sich um die „mehreseitige Diskussionsgrundlage der SAP“, die Einhart Lorenz in: Brandt, Hitler ist nicht Deutschland, S. 534, Anm. 21 zu Dok. Nr. 62, für „nicht auffindbar“ bzw. in Brandt, Zwei Vaterländer, S. 351, Anm. 7 zu Dok. Nr. 4, für „nicht in den uns bekannten Archiven erhalten“ erklärt. Brandt verwendete die darin niedergelegten Gedanken in diesen Wochen und Monaten mehrfach bis in den Wortlaut hinein, blieb jedoch in seinen Publikationen weniger scharf bei einigen wichtigen Formulierungen. Organisationsgeschichtlich ist von Belang – vorausgesetzt, die

Ogleich sich Brandt mit der sowjetischen Besatzungs- und Annexionspolitik im östlichen Teil des polnischen Staates der Zwischenkriegszeit – übrigens war er kein Freund der politischen und gesellschaftlichen Zustände in diesem Staat, der für ihn zu jenen „halb- und ganz-faschistischen Regimen der Vorkriegszeit“³³ gehörte, die es in einer sozialistischen Revolution zu überwinden galt – in den Jahren 1939 bis 1941 nicht näher befaßt zu haben scheint, genügte ihm der außenpolitische Kurswechsel Moskaus, um zu dem Urteil zu kommen, die Sowjetunion habe nunmehr „jede Chance verspielt, einen positiven Einfluß ausüben zu können, wenn es um die Aufgabe geht, nach dem Grauen und Schrecken des Krieges ein neues Europa zu gestalten“. Die sozialistische Arbeiterbewegung müsse fortan unabhängig nicht nur von den kapitalistisch-imperialistischen Westmächten, sondern auch von der Sowjetmacht „eine sozialistische und demokratische Neuordnung“ in Europa vorbereiten³⁴. Am deutlichsten distanzierte sich Brandt von den Zielen und Praktiken der sowjetischen Außenpolitik, wie sie sich zwischen 1939 und 1941 in Ostmitteleuropa manifestiert hatten, in einem Privatbrief vom Ende des Jahres 1941, als er versicherte, er könne es trotz seiner „Bewunderung für die mutige Kriegführung der Russen [...] nicht für eine wünschenswerte Perspektive halten, daß sich die bolschewistische Herrschaft auf ganz Ost- und Mitteleuropa einschließlich Deutschlands ausdehnt“³⁵.

Verharmlosung im Zeichen der Verständigung: Brandt und die Sowjetunion im Krieg

Doch genau diese Perspektive, die das Denken weiter Kreise des sozialdemokratischen deutschen Exils bestimmte³⁶ und die nicht zuletzt die künftigen Geschicke Polens betraf, blendete Brandt in den Folgejahren konsequent wieder aus. Offenkundig hatte die Sowjetunion ihre faszinierende Wirkung und ihre Anziehungskraft auf ihn und andere Linksozialisten noch längst nicht verloren, blieb die kritische Haltung weder von Dauer³⁷ noch war sie wirklich konsistent. Trotz der „Entartung“, der die Sowjetunion unter der Herrschaft der Stalinisten anheimgefallen sei, habe „sich die sozialistische Arbeiterbewegung mit der russischen Arbeiter- und Bauernerhebung und dem trotz aller Probleme imponierenden Aufbau der neuen Gesellschaft solidarisch gefühlt und wird dies auch in Zukunft tun“,

Zuordnung der Autorenschaft ist zutreffend –, daß sich die SAP-Ortsgruppe Oslo im Dezember 1939 tatsächlich als „Auslandsvertretung der S.A.P.“ verstand. Vgl. dazu Brandt, Hitler ist nicht Deutschland, Einleitung, S. 65 f.

³³ So noch im Rückblick Willy Brandt, Der Zweite Weltkrieg. Ein kurzer Überblick, Stockholm 1945, S. 59. Vgl. auch ders., Links und frei, S. 276.

³⁴ Brandt, Außenpolitik der Sowjetunion, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 61, S. 433.

³⁵ Brandt an Arne Ording, 27. 12. 1941, in: Brandt, Zwei Vaterländer, Dok. Nr. 2, S. 64–72, hier S. 69 f.

³⁶ Vgl. Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 327–340.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 238–242, zum Zusammenhang und zu einer ganz ähnlichen Entwicklung bei Richard Löwenthal von der linksozialistischen Gruppierung Neu Beginnen.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VfZ 1/2010

Jahrgang 58 (2010), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_1.pdf

VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>

versicherte Brandt schon im Oktober 1939³⁸. Bald darauf pries der SAP-Funktionär „die Übernahme der Produktionsmittel durch den Staat, die Umwälzungen in der Landwirtschaft und die Politik der Wirtschaftsplanung“ als „Ereignisse und Leistungen mit welthistorischem Maßstab“. In Rußland habe man gezeigt, „daß es ohne Kapitalisten funktionierte“; der neue Staat sei „der erste große Beweis für die Überlegenheit der Planwirtschaft“³⁹. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn im September 1939 hatte sich Brandt auf die Suche nach „möglichen mildernden Umständen“ für den Kurs- und Frontwechsel der Sowjetunion begeben, der in der „deutsch-russischen Zusammenarbeit“ nach dem zweiseitigen Nichtangriffsvertrag zum Ausdruck kam⁴⁰.

Angesichts des erfolgreichen militärischen Überlebenskampfes in dem Krieg, der der Sowjetunion am 22. Juni 1941 aufgezwungen worden war, kam Brandt von seinen in der ersten Phase des europäischen Krieges gewonnenen Einsichten wieder ab. Im Oktober 1942 blickte er in einem Schreiben an Jacob Walcher bereits mit einigem Abstand auf seine kritische Einschätzung der sowjetischen Politik in den Jahren 1939/40 zurück: „Natürlich [!] hat sich herausgestellt, daß manche Urteile über die Sowjetunion, die im Anschluß an den [Hitler-Stalin-]Pakt und den Konflikt [!] mit Finnland gefällt wurden, einer ernsten Überprüfung nicht standhalten.“⁴¹ Bald schon rückte, so etwa in den berühmten, maßgeblich von Brandt formulierten „Friedenszielen der demokratischen Sozialisten“ des Stockholmer internationalen Arbeitskreises vom Frühjahr 1943, die „Verständigung mit der Sowjetunion“ als zentrales Ziel der internationalen Politik in den Mittelpunkt von Brandts außenpolitischen Überlegungen. Durch „den heldenhaften Kampf der Roten Armee und des russischen Volkes gegen die nazistische Überfallsmacht“ hatte sich das Sowjetregime gewissermaßen rehabilitiert, von „Entartung“ oder Kritik an ihm war keine Rede mehr. Nun konnte man erneut „den großartigen Aufbau, der seit der russischen Revolution stattgefunden hat“, bewundern: „Die demokratischen Sozialisten sind gewillt, der Sowjetunion volle Unterstützung auf allen Gebieten zuteil werden zu lassen, die für das Werk des sozialen Neuaufbaues und für die Erreichung der in der demokratischen Verfassung von 1936 niedergelegten Ziele von Bedeutung sein können“⁴² – einer Verfassung der perpetuierten Diktatur des Proletariats unter der alternativlosen Führung der

³⁸ Brandt, Außenpolitik der Sowjetunion, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 61, S. 432.

³⁹ Willy Brandt, Unsere Stellung zu Rußland. Zeitschriftenartikel, Januar/Februar 1940, in: Ebenda, Dok. Nr. 64, S. 459–467, hier S. 463.

⁴⁰ Brandt, Die gegenwärtige Lage, in: Ebenda, Dok. Nr. 60, S. 427.

⁴¹ Brandt an Jacob und Hertha Walcher, 10.10.1942, in: Brandt, Zwei Vaterländer, Dok. Nr. 4, S. 82–88, hier S. 83. – Im Dezember 1939 war intern noch vom „Vernichtungskrieg gegen Fin[n]land“ die Rede gewesen: Auslandsvertretung der SAP, Unsere Stellung zum jetzigen Krieg, S. 3, in: IFZ-Archiv, ED 200.

⁴² Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten, März 1943, in: Brandt, Zwei Vaterländer, Dok. Nr. 5, S. 88–104, Zitate S. 96f. Vgl. dazu Klaus Misgeld, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“ in Stockholm 1942–1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges, Bonn/Bad Godesberg 1976, bes. S. 62–110, sowie Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 583–586.

Bolschewistischen Partei übrigens, die mit Demokratie im westlichen Verständnis nicht das geringste gemein hatte und die Brandt Anfang 1940 selbst noch als „die Karikatur der Demokratie“ geißelt hatte⁴³: Dieses Detail ist bezeichnend für den seit 1942 vollzogenen Kurswechsel Brandts vom zeitweiligen Gegner zum Verteidiger des Sowjetregimes in revolutionär-linksozialistischer Tradition.

In Brandts Schriften bis 1945 häuften sich fortan die Lobpreisungen einer Sowjetunion, die „ihre Lebenskraft eindeutig unter Beweis gestellt“ habe, und zwar „auf eine Art, die allgemeine Bewunderung hervorgerufen und ihre internationalen Positionen nicht unwesentlich gestärkt“ habe. „Die Sowjetunion ist nicht mehr von Mißtrauen umgeben“ – sie sei gar „durch warme Sympathie umgeben“ –, „man stellt hoffnungsvolle Erwartungen an sie“, so Brandt im Oktober 1945 in seiner Darstellung des Zweiten Weltkriegs. „Die anderen Völker sind weitgehend bereit, von den Erfahrungen des russischen Planaufbaues zu lernen.“ Im übrigen habe „ohne Zweifel“ auch die Sowjetunion den Wunsch, „ihren Wiederaufbau und Weiterausbau im Zeichen der internationalen Zusammenarbeit durchzuführen“⁴⁴. Brandts Wohlwollen reichte noch weiter: „Als Sozialisten haben wir ein besonderes Interesse daran, mit der Sowjetunion in engen, freundschaftlichen Beziehungen zu stehen.“ Solche Beziehungen seien „eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Zukunft des deutschen Volkes und für die Stabilisierung des Friedens in Europa“⁴⁵.

Der Wandel des einstigen SAP-Funktionärs „zurück zu einem Anhänger der Sowjetunion war komplett vollzogen“, urteilt der Brandt-Spezialist Wolfgang Schmidt⁴⁶. Das gilt zumindest für die Einschätzung der Funktion der UdSSR im Staatensystem. Dabei ging Brandt seit 1943 in allen Überlegungen zur internationalen Politik davon aus, daß es nach dem Sieg über das Deutsche Reich nicht „zum Bruch zwischen der Sowjetunion und den angelsächsischen Mächten“ kommen werde. Vielmehr werde „die Zusammenarbeit zwischen den Hauptpartnern unter den Vereinten Nationen den Krieg überdauern und trotz aller Schwierigkeiten“ – Brandt sprach von Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätzen – „die Basis bilden [...] für die Regelung der internationalen Nachkriegsverhältnisse“⁴⁷. Zu diesem Szenario entwickelte Brandt keine Alternative. Noch im Frühjahr 1946

⁴³ Brandt, Unsere Stellung zu Rußland, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 64, S. 465.

⁴⁴ Brandt, Der Zweite Weltkrieg, S. 58. Auf die „warme Sympathie“ in der Manuskriptfassung verweist Schmidt, Kalter Krieg, S. 40, Anm. 102.

⁴⁵ Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, Stockholm 1944, S. 38. Urheber dieser Schrift war ein „Kreis früherer Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) in Schweden“ (ebenda, Vorwort, Juli 1944, S. 4). Federführend war Willy Brandt, als beteiligt gelten Ernst Behm, August und Irmgard Enderle sowie Stefan Szende. Vgl. dazu Brandt, Zwei Vaterländer, S. 356 f., Anm. 1 zu Dok. Nr. 8.

⁴⁶ Schmidt, Kalter Krieg, S. 40. Schmidt spricht sogar von einer „Form der Anbiederung“ (ebenda, S. 41).

⁴⁷ Willy Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung nach dem Kriege. Vortrag am 9. 2. 1945, S. 6 ff., in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv II 145, jetzt Bundesarchiv Berlin (künftig: BA Berlin), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), RY 20, Bd. 89, Bl. 89–113, hier Bl. 94 u. Bl. 95 f.

wollte er nicht an einen Bruch zwischen den Hauptsiegermächten glauben, weil keine der Parteien an einem neuen Krieg interessiert sei und weil ein solcher Bruch nicht im deutschen Interesse liege⁴⁸.

Konsequenzen für Polen

Was folgt daraus für Brandts Vorstellungen von Polen? In einer außenpolitischen Konzeption, die in der sowjetischen Politik keinerlei expansive oder aggressive Tendenzen auszumachen vermochte, die vielmehr eine Sowjetunion der friedlichen und gedeihlichen Kooperation postulierte, konnte von einer Bedrohung der polnischen Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im Gefolge der Besetzung des Landes durch die Rote Armee keine Rede sein. Äußerstenfalls erwog Brandt im März 1944 die Möglichkeit, daß in Polen „eine Regierung unter mehr oder weniger starkem Einfluß der Sowjetunion errichtet wird“⁴⁹. Charakteristisch für Brandts Positionen sind fortan durchweg beschönigende Formulierungen wie die, „die zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Länder“ würden „zumindst in Fragen der Außenpolitik stark auf die Sowjetunion angewiesen sein“⁵⁰. Im Februar 1945, als die Gefahr einer gewaltsamen Umgestaltung der von der Roten Armee besetzten Gebiete Ostmitteleuropas nach dem Muster der bolschewistischen Herrschaft sowie die erneute Bedrohung von Polens Freiheit und Selbstbestimmung nach der Überwindung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft nicht nur von kritischen Beobachtern in britischen und amerikanischen Regierungskreisen, sondern auch im sozialdemokratischen deutschen Exil längst mit Sorge diskutiert wurden⁵¹, meinte Brandt, „die Erfahrungen auf dem Balkan, in Finnland und Polen“ deuteten „nicht darauf hin, daß man von russischer Seite schematische und brutale Eingriffe in die Gestaltung des sozialen Lebens dieser Länder beabsichtigt“. Die Sowjetunion erstrebe vor allem Frieden und Sicherheit für ihren Wiederaufbau, sie wolle „sich auf die Regierungen in ihrem Interessenbereich verlassen können, in dem Sinne, daß sie nicht auf Eingliederung in potentiell gegnerische Konstellationen visieren“⁵². Noch im Herbst

⁴⁸ Vgl. Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 342f. Zu Brandts Nachkriegsvorstellungen als Norweger im schwedischen Exil im größeren Zusammenhang insgesamt Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 568–593.

⁴⁹ Willy Brandt, Efter segern. Diskussionen om krigs- och fredsmålen, Stockholm 1944 [Vorwort März 1944]. Unveröffentlichte dt. Übers., in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (künftig: AdSD), Willy-Brandt-Archiv (WBA) A 3, 33, S. 75.

⁵⁰ Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, S. 37.

⁵¹ Vgl. etwa Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917, München 8/1987, S. 270–275; Hermann Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt a. M. 1985, S. 32–49 u. S. 61–71; Klaus Schwabe, Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte, 2., durchgesehene Aufl., Paderborn u. a. 2007, S. 142f. u. S. 146f.; Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 327–336.

⁵² Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung, S. 9f., in: BA Berlin, SAPMO, RY 20, Bd. 89, Bl. 97f. Wenn Brandt konstatierte: „Deutsche Antinazisten und Demokraten haben keine Ursache, angesichts des starken Einflusses, den die Sowjetunion auf die Gestaltung der deut-

1945 kommentierte Brandt, „in Osteuropa vollzieht sich der Neuaufbau in stärkerer Anlehnung an die in der Sowjetunion geschaffenen gesellschaftlichen Formen“. Wesentlich seien dort vor allem die Überwindung der Vorkriegsregime und „die Einleitung eines Demokratisierungs-Prozesses, dessen Schwerpunkt auf sozialem Gebiete liegt“. Kurzum: „In Polen hat man mit der Durchführung großer Reformen begonnen.“⁵³

Willy Brandt übernahm damit Mitte der vierziger Jahre die Sprachregelungen sowjetischer Propaganda, während er, fasziniert von der Vision eines Wiederaufbaus im Zeichen von Planwirtschaft und Sozialismus, nach Freiheit und Rechtsstaatlichkeit oder nach dem Begriffsinhalt von „Demokratisierung“ gar nicht fragte. Doch Brandts implizite Verharmlosung des Sowjetregimes und dessen nur wenige Jahre zuvor noch als „Entartung“ kritisiertem terroristischer Innen- und aggressiver Außenpolitik reichte noch weiter, gerade was – nunmehr im Rückblick – das Schicksal Polens im Zweiten Weltkrieg anbelangte. Von Terror oder Bolschewisierung in den 1939/40 annektierten östlichen Teilen Polens war in Brandts Schriften nichts zu lesen: Polen war sozusagen ausschließlich der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zum Opfer gefallen, während die Sowjetregierung gleichzeitig weitsichtige strategische Sicherungsmaßnahmen gegen die drohende deutsche Gefahr ins Werk gesetzt hatte⁵⁴. Selbst Katyn wurde in Brandts gesamten während des Krieges und danach entstandenen Publikationen nicht erwähnt⁵⁵;

schen Verhältnisse haben wird, von Panikgefühlen befallen zu werden“, dann wird man im Analogieschluß vermuten dürfen, daß er die Situation polnischer Widerstandskämpfer und Demokraten unter sowjetischer Herrschaft in ähnlicher Weise beurteilte.

⁵³ Brandt, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 59. Die hier und in Anm. 52 nachgewiesenen Sätze wurden in den 1966 und 1971 veröffentlichten Auszügen aus Brandts Exilschriften unterdrückt. Sie waren dem SPD-Vorsitzenden, Regierenden Bürgermeister von Berlin und Regierungspolitiker des NATO-Staates Bundesrepublik Deutschland denkbar peinlich; vgl. Willy Brandt, *Draußen. Schriften während der Emigration*, hrsg. von Günter Struve, München 1966, S. 48–50; ders., *Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik*, Hamburg 1971, S. 31–37. Instrukтив sind auch die von Brandt selbst zu einem ungewissen Zeitpunkt vorgenommenen Streichungen und Änderungen für eine überarbeitete Fassung von „Der Zweite Weltkrieg“, in: AdSD, WBA A 3, 17A Nr. 34. Zu einer Neuveröffentlichung kam es allerdings nicht. Bedenklicher ist es, daß solche Passagen und ähnliche Dokumente auch in Brandt, *Zwei Vaterländer*, ausgelassen wurden, was den Gebrauchswert dieser Edition für wissenschaftliche Zwecke mindert. Vgl. dazu die Rezension von Rainer Behring, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 1123 f.

⁵⁴ So die durchgehende Interpretation in Brandt, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 10 f., S. 12–14 u. S. 26. Ende Dezember 1939 war dagegen bei Brandt intern die Rede gewesen von „Eroberungsdrang [...] als Ausdruck einer neuen großrussischen Ideologie“ und von dem damit verbundenen „Gedanke[n], die Welt auf *diese* Weise zu bolschewisieren“: Auslandsvertretung der SAP, *Unsere Stellung zum jetzigen Krieg*, S. 5, in: IfZ-Archiv, ED 200.

⁵⁵ Es ist unwahrscheinlich, daß Brandt mit dem Problemkomplex Katyn nicht in Berührung kam: Immerhin hatte er in Schweden im Frühjahr 1943 mehrfach Kontakt mit zwei Vertretern der Polnischen Sozialistischen Partei, mit dem Anwalt Maurycy Karniol, der „auch auf behutsame Weise als Gesandter seiner Exilregierung tätig“ wurde und zugleich Nachrichten von der polnischen Untergrundbewegung übermittelte (Brandt, *Links und frei*, S. 340 u. S. 351), und mit Jan Kwapinsky, der gar als Handelsminister der polnischen Exilregierung fungierte und bei seinem Vortrag vor dem Arbeitskreis internationaler Sozialisten in Stock-

in seiner im Herbst 1945 erstellten kleinen Monographie über den Zweiten Weltkrieg lenkte er sogar gezielt davon ab⁵⁶. Erst in seinen Erinnerungen bemerkte der Staatsmann im Ruhestand, Stalin habe das polnische Offizierskorps vernichten lassen. Dort hieß es auch, die Rote Armee sei „1944 an der Weichsel stehen geblieben“ und habe „zugesehen [...], wie Warschau verblutete“⁵⁷. In Brandts Version von 1945 hieß es lakonisch, mit „London“, das heißt mit der von Brandt wenig geschätzten Exilregierung, zusammenarbeitende polnische Gruppen seien im Sommer 1944 zum Aufstand gegen die deutschen Besatzungstruppen geschritten. „Dieser Aufstand war jedoch mit den Operationen der Roten Armee nicht koordiniert und wurde nach wochenlangen erbitterten Kämpfen blutig niedergeschlagen.“⁵⁸

Ein Beispiel noch mag demonstrieren, wie Brandt Mitte der vierziger Jahre in seinen Publikationen jegliche Kritik an der Sowjetunion vermied und gleichzeitig implizit Gefahren, die sich für Länder wie Polen aus der Besetzung durch die Rote Armee ergaben, in Abrede stellte. In seiner Schrift „Efter segern“ beschäftigte sich Brandt im Frühjahr 1944 mit der Geschichte des Staatsterrors:

„Der Terror ist in Deutschland weit entwickelt worden, aber er ist nicht nur dort zu Hause. Mittelalterliche Mißhandlungen kamen bei Mussolini und Franco, in Jugoslawien, Rumänien und Griechenland vor. Arthur Koestler schreibt [...], daß sich die französischen Konzentrationslager für antifaschistische Flüchtlinge, die im Herbst 1939 eingerichtet wurden, in vieler Weise mit den deutschen Vorbildern messen lassen. Den Engländern und Franzosen blieben Anklagen wegen der Übergriffe in den Kolonien nicht erspart. Die Amerikaner haben Negerpogrome. Judenverfolgungen der blutigsten Art kamen in mehreren Ländern vor.

In Deutschland ist man am weitesten gegangen.“⁵⁹

Damit endet das Zitat. Staatsterror in der Sowjetunion gab es in Brandts Darstellung nicht, keine Lager, keine Massenerschießungen, keine Deportationen. Er verschwieg sie und „nahm [...] es mit der Wahrheit nicht mehr so genau“, um

holm Anfang Mai 1943 – just als die Auseinandersetzung um Katyn in der internationalen Publizistik und Diplomatie hohe Wellen schlug – aus seinen Ansichten zum Kommunismus und zur Sowjetunion kein Geheimnis machte; vgl. Misgeld, „Internationale Gruppe“, S. 84f. Es wird Brandt also nicht verborgen geblieben sein, daß weite Kreise der polnischen Politik und Öffentlichkeit mit seinem Bild der sowjetischen Politik, wie er es 1942/43 bis 1946 öffentlich vertrat, nicht einverstanden sein konnten. Zu Brandts Kontakten mit den beiden polnischen Sozialisten und seinen Kenntnissen von der Situation in Polen vgl. Willy Brandt und Polen, Doppelseiten 5 u. 6.

⁵⁶ Vgl. Brandt, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 42. Hier nennt Brandt Konflikte um „die ehemaligen polnischen Ostprovinzen“ und unterschiedliche Auffassungen über die anzustrebende Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa als Gründe für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der polnischen Exilregierung im April 1943. Der Verfasser dankt Jürgen Zarusky für seinen freundlichen Hinweis auf diese Stelle.

⁵⁷ Brandt, *Erinnerungen*, S. 212 u. S. 144.

⁵⁸ Brandt, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 42.

⁵⁹ Brandt, *Efter segern*, dt. Übers., zit. nach den Auszügen in: Ders., *Zwei Vaterländer*, Dok. Nr. 7, S. 115–153, hier S. 128.

noch einmal Wolfgang Schmidt zu zitieren⁶⁰. Dieser Brandt der Jahre 1944/45 ist in seiner Darstellung der Sowjetunion weitaus näher bei der alten SAP als bei der Sozialdemokratie zu verorten. Folgerichtig hatte die polnische Nation in Brandts Augen von der sowjetischen Besatzungsmacht nichts zu befürchten. Eine weiter reichende Interpretation ergibt sich daraus geradezu zwingend: Brandt hatte an Polen und seiner Bevölkerung kein genuines Interesse. Blickte Brandt nach Osten, dann stand stets die Sowjetunion im Zentrum seines Denkens; eine Sowjetunion wohlgermt, deren auswärtige Politik und deren Herrschaftsstreben er von 1941/42 bis 1947/48, und zwar wesentlich aufgrund der fortwährenden Wirkung seiner weltanschaulichen Prägung, kontinuierlich falsch einschätzte.

Brandts Kurswechsel in der Beurteilung der Sowjetpolitik

Tatsächlich ist Brandts langwierige Mutation vom revolutionären Linksozialisten zum Sozialdemokraten erst 1948 ganz zum Abschluß gelangt: Erst jetzt zog er auch mit Blick auf die sowjetische Außenpolitik eindeutige Konsequenzen. Bereits im Laufe des Jahres 1946 hatte Brandt konstatiert, daß die SED in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wenig mit den Vorstellungen gemein hatte, die er selbst von der von ihm stets befürworteten sozialistischen Einheitspartei hegte⁶¹. Während desselben Jahres betonte er mehrmals die Unabhängigkeit der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung von der „Eigen- und Rückentwicklung im ‚Überbau‘“ der Sowjetunion, deren Methoden er jetzt, wenn auch nur im vertraulichen Briefwechsel, in Anknüpfung an sein 1939/40 formuliertes Urteil erneut dezidiert zu kritisieren begann⁶². Gleichzeitig pries er jedoch weiterhin „die strukturell fortschrittlichen Veränderungen in der Ostzone“ als vorbildlich⁶³ – dasselbe würde er zweifellos für die entsprechenden ökonomischen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen, die „großen Reformen“ in Polen postuliert haben –, und er distanzierte sich von jeder „Feindschaft gegenüber der

⁶⁰ Schmidt, *Kalter Krieg*, S. 40.

⁶¹ Vgl. dazu insbesondere Brandts Ausarbeitung: Die Krise der deutschen Arbeiterbewegung, März 1946, in: Brandt, *Zwei Vaterländer*, Dok. Nr. 18, S. 265–295. Noch in: *Verbrecher und andere Deutsche*, S. 259f. u. S. 275–286, dessen Vorwort ebenfalls vom März 1946 stammt, hatte er die Entwicklung hin zur bevorstehenden Vereinigung von KPD und SPD zur SED in einem weitaus milderem Licht dargestellt.

⁶² Brandt an Walcher, 10. 6. 1946, in: Brandt, *Zwei Vaterländer*, Dok. Nr. 22, S. 307–314, Zitat S. 310. Vgl. auch Brandt an Walcher, 30. 4. 1946, in: Ebenda, Dok. Nr. 20, S. 300–304, hier S. 302f.

⁶³ Ebenda, S. 301. Weitere Belege in Brandt, *Verbrecher und andere Deutsche*, passim. Vgl. die Rezension zur Neuausgabe dieser Schrift von Rainer Behring, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009), S. 281–283, hier S. 282. Noch 1946 vermied Brandt peinlichst jegliche öffentliche Kritik an der politischen Substanz sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland wie in Ostmitteleuropa und an Vergangenheit und Gegenwart sowjetischer Politik überhaupt, und er übersah oder ignorierte die diktatorische Gewalt und die skrupellosen Methoden, die die sowjetische Besatzungsmacht im Verein mit den deutschen Kommunisten bei der Durchsetzung der sozialen und ökonomischen Umgestaltung in der Sowjetischen Besatzungszone offenkundig anwandte.

Sowjetunion“ und von „primitive[m] Antibolschewismus“⁶⁴. Noch Mitte 1947 warnte Brandt vor „antirussische[r] Propaganda“ sowie vor einer Herabsetzung der „positive[n] Arbeit, die auch in der Ostzone geschieht“⁶⁵. Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht hielt er weiterhin für die unabdingbare Grundlage jeder dauerhaften Neuordnung in Deutschland und Europa.

Im Laufe des Jahres 1947 allerdings gewann Brandt als Presseattaché an der Norwegischen Militärmission in Berlin allmählich aus eigener Anschauung einen Eindruck von dem, was er Ende des Jahres als „bolschewistische[s] Machtstreben“ charakterisieren sollte – bezeichnenderweise in einem Schreiben an Kurt Schumacher und nicht ohne auf die „großkapitalistische Reaktion“ als ebenbürtiges Feindbild hinzuweisen⁶⁶. Der kommunistische Putsch in der Tschechoslowakei im Februar 1948 schließlich führte zu einer erneuten grundsätzlichen und nun nachhaltigen Revision von Brandts Einschätzung der Sowjetpolitik, der internationalen Lage insgesamt und damit auch der Situation in Polen. Die Ereignisse in Prag gaben, so Peter Merseburger, den Ausschlag für Brandts Kursänderung „vom Anhänger einer antifaschistischen Allianz mit den Kommunisten zum sogenannten Kalten Krieger hin“⁶⁷. Fortan sprach Brandt von einer aggressiven und potentiell expansiven kommunistischen Bedrohung für Freiheit und Unabhängigkeit der nichtkommunistischen Welt, der man standhaft entgegenzutreten müsse⁶⁸; die Situation verlange „eine politische Entscheidung für oder wider den Totalitarismus“⁶⁹ – solche Einsichten hatten übrigens im Exil bereits die von Brandt verachteten Weimarer Sozialdemokraten wie Rudolf Hilferding, Curt Geyer oder Friedrich Stampfer formuliert⁷⁰. Gleichzeitig begann Brandt auch, sich als Vordenker der Westorientierung und -integration in der SPD zu profilieren, die er bislang stets abgelehnt hatte⁷¹. Bei der Interpretation seines Kurswechsels ist insgesamt zu be-

⁶⁴ Brandt an Walcher, 10.6.1946, in: Brandt, Zwei Vaterländer, Dok. Nr. 22, S. 311.

⁶⁵ Brandt, Vertraulicher Bericht des Presseattachés an der Norwegischen Militärmission in Berlin für den Pressedienst des Norwegischen Außenministeriums, in: Ebenda, Dok. Nr. 28, S. 326–331, Zitat S. 331.

⁶⁶ Brandt an Schumacher, 23.12.1947, in: Brandt, Auf dem Weg nach vorn, Dok. Nr. 2, S. 82–90, hier S. 86.

⁶⁷ Merseburger, Willy Brandt, S. 281–283, Zitat S. 282. Mit anderem Tenor Brandt, Berlin bleibt frei, Einleitung, S. 21 f.

⁶⁸ Willy Brandt, Die Lehren von Prag. Referat, gehalten am 12.3.1948 in Berlin, in: AdsD, WBA A 3, 41, hier zit. nach den Auszügen in: Brandt, Berlin bleibt frei, Dok. Nr. 2, S. 104–114, Zitat S. 111.

⁶⁹ Willy Brandt, Die weltpolitische Lage und die Aufgaben der SPD. Referat auf der Konferenz der Kreis- und Abteilungsfunktionäre am 14.1.1949 in Berlin, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 42–51, Zitat S. 46, und ebenda, S. 44: „Man kann heute nicht Demokrat sein, ohne Antikommunist zu sein.“

⁷⁰ Vgl. dazu Rainer Behring, Option für den Westen. Rudolf Hilferding, Curt Geyer und der antitotalitäre Konsens, in: Mike Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 135–160.

⁷¹ Brandt sprach nun von „Berlins Option für ‚den Westen‘“: Berlin und das internationale Geschehen. Manuskript o. D. (handschriftliche Notiz „Sept. ? 48“), in: AdsD, WBA A 3, 42, Bl. 119–122, hier Bl. 122. Vgl. auch Willy Brandt, London–Warschau–Moskau, in: Das sozialistische Jahrhundert 2 (1948), H. 19, S. 295 f. Noch 1946 hatte er beteuert, die von ihm erstrebte

rücksichtigen, daß der Remigrant aus dem skandinavischen Exil in Berlin eine neue politische Heimat suchte und nun eine Karriere in der Partei Kurt Schumachers und Ernst Reuters anvisierte. Die Berlin-Blockade 1948/49 sowie später die Berlin-Krise von 1958 bis 1961 bestärkten ihn in dieser nachhaltigen Umorientierung.

Brandt verschwieg seinen mit einiger Verspätung vollendeten Sinneswandel nicht. Es handele sich „bei der Entwicklung der Sowjetunion um einen komplizierten, widerspruchsvollen geschichtlichen Prozeß“, und es sei „keine Schande, die in der gegenwärtigen Phase zum Durchbruch gekommenen Tendenzen nicht früh und klar genug erkannt zu haben“, resümierte er zu Beginn des Jahres 1949⁷². Die Prager Ereignisse hätten „eine wichtige Diskussion im Lager der internationalen sozialistischen Bewegung zum Abschluß gebracht“, so Brandt in seiner ersten grundsätzlichen Stellungnahme nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei am 12. März 1948 vor Berliner SPD-Funktionären. Die Neubewertung betraf nicht zuletzt die Entwicklung in Ostmitteleuropa, wobei in Brandts Worten nach wie vor ein Rest von Respekt für die unter sowjetischer Herrschaft eingeleiteten Maßnahmen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich und von deren Rechtfertigung zu spüren war:

„Die Beurteilung der Verhältnisse in Ländern wie Polen, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien wurde bisher dadurch erschwert, daß man feststellen konnte, hier handele es sich doch um Länder ohne echte demokratische Tradition, und in der Tat, dort war der Feudalismus nicht überwunden. In der Zwischenkriegszeit regierten dort korrupte Monarchien, faschistische Räuberbanden und Oberstencliquen. Es ist klar, daß es in diesen Ländern einer grundlegenden sozialen Umformung bedurfte. Und ebenso klar ist, daß solche Umformungen [...] kaum ohne harte Maßnahmen [!] durchgeführt werden können. Es ist weiter klar, daß unter solchen Verhältnissen die alte Reaktion versucht, sich demokratisch zu tarnen, während es ihr in erster Linie um die großen Güter und um die Wiedererlangung sozialer Vorrechte geht.

Manche Sozialisten [und wieder meinte Brandt sich selbst] haben sich nun, ausgehend von einer solchen Einschätzung des revolutionären Prozesses[,] eines eindeutigen Urteils über die Ausschreitungen gegen die Oppositionsparteien im Osten Europas enthalten. Und dennoch mußte ihnen die Entwicklung immer klarer machen, daß es sich nicht oder jedenfalls nicht mehr um die Behauptung der Rechte des Volkes gegen eine widerspenstige Minderheit handelte, sondern

„vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht“ sei „unvereinbar mit einer einseitigen ‚Westorientierung‘“ der deutschen Politik. Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 343.

⁷² Brandt, Die weltpolitische Lage, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 43. Ganz ähnlich hatte Brandt bereits 1939/40 seine damalige vorübergehende Neubewertung der sowjetischen Politik kommentiert: „Die Arbeiterbewegung braucht nicht die Haltung zu bedauern, die sie früher zur Entwicklung in Rußland eingenommen hat. Ihre Haltung muß von einem historischen Standpunkt aus gesehen werden.“ Brandt, Unsere Stellung zu Rußland, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 64, S. 463.

um die Behauptung und Festigung des totalen Machtanspruchs der kommunistischen Partei.⁷³

Polen jedenfalls mutierte jetzt in Brandts Überlegungen zum Prototyp einer Volkdemokratie, die „gleichbedeutend mit Diktatur des Proletariats“ sei, „die ja in der Praxis die Diktatur einer polizeilich-bürokratischen Schicht über das Proletariat und die übrige Bevölkerung darstellt“. Bolesław Bierut sei als kommunistischer Parteichef Polens der typische Exponent jener nach langjährigem Moskauer Aufenthalt zurückgesandten Führerschicht, „für die die Festlegung ihrer Anhänger auf den ‚Marxismus-Leninismus‘ gleichbedeutend ist mit bedingungsloser Unterwerfung unter die Parolen und Aufträge des Kreml“⁷⁴. Fortan pflegte Brandt deutlich zwischen dem kommunistischen Regime und der polnischen Bevölkerung zu unterscheiden⁷⁵.

Das Problem der deutsch-polnischen Grenze

Kaum als eigenständiges Objekt seines politischen Denkens und Handelns also, aber vermittelt und funktional spielte Polen in Brandts Konzeptionen als Berliner und Bundespolitiker in den folgenden Jahren eine Rolle. Den wichtigsten direkten Bezugspunkt zu Polen bildete in seinen Überlegungen das Problem der deutschen Ost- bzw. der polnischen Westgrenze, das den politischen Flüchtling schon im schwedischen Exil beschäftigt hatte⁷⁶. Brandt hatte damals grundsätzlich die Beibehaltung der Reichsgrenzen vom Ende des Jahres 1937 befürwortet, jedoch früh einen Sinn für die Realität und eine erstaunliche und zukunftsweisende Flexibilität in der Argumentation bewiesen. Deutschland werde kaum „ohne territoriale Einbußen aus dem Krieg herauskommen“, hatte er zu Beginn des Jahres 1945 längst erkannt⁷⁷. Ostpreußen hielt Brandt für verloren, zumal ihm entsprechende Forderungen der polnischen Exilregierung und vergleichbare Moskauer Überlegungen ebenso vertraut waren wie weitergehende Pläne zur Übertragung von „Gebiete[n] mit neun Millionen ganz überwiegend deutschen Einwohnern“ an den künftigen polnischen Staat⁷⁸. Er präsentierte Überlegungen zu einer neuen geschlossenen Grenzlinie östlich der Oder, verbunden mit „einem großzügigen Bevölkerungsaustausch“, konnte sich aber offensichtlich auch mit emp-

⁷³ Brandt, Die Lehren von Prag, in: AdsD, WBA A 3, 41, Bl. 37f. Vgl. ders., Die weltpolitische Lage, in: Brandt, Der Wille zum Frieden, S. 44.

⁷⁴ Willy Brandt, Volkdemokratie – mal so, mal so, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 12. I. 1949, in: AdsD, WBA A 3, 44, Bl. 19f.

⁷⁵ Vgl. etwa Brandts Rede auf dem SPD-Parteitag 1948, in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, Hamburg 1948, S. 58f., hier S. 59.

⁷⁶ Vgl. Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 580f.; Brandt, Zwei Vaterländer, Einleitung, S. 34f.

⁷⁷ Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung, S. 15, in: BA Berlin, SAPMO, RY 20, Bd. 89, Bl. 104.

⁷⁸ Ebenda, S. 16, in: Ebenda, Bl. 105; Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, S. 21f. Vgl. für den Kenntnisstand in Stockholm 1943 Misgeld, „Internationale Gruppe“, S. 67 u. S. 97, Anm. 23f.

findlicheren Gebietseinbußen frühzeitig abfinden; sie würden Deutschlands Existenz nicht in Frage stellen. Schon 1944 wandte sich Brandt „gegen die Auffassung jener, die meinen, Deutschland könne nach einer ungünstigen Grenzregulierung im Osten nicht mehr existieren“. Solche Behauptungen seien nicht stichhaltig und könnten leicht zu einer abenteuerlichen Politik führen. „Wir müssen in einer ganzen Reihe von Fällen damit rechnen, daß der neuen deutschen Regierung nichts anderes übrig bleibt, als sich wohl oder übel mit unangenehmen Tatsachen abzufinden.“ Das bedeute nicht, „daß die neue Regierung offenbar unbillige und unsinnige Forderungen ohne Protest hinzunehmen hat und sie politisch und moralisch sanktionieren soll“⁷⁹. Gebietsabtretungen könnten nicht den Beifall deutscher Demokraten finden. Doch „wenn sie nicht den Sinn für geschichtliche und politische Realitäten verloren haben“, dann wüßten sie, „daß es heilige, für alle Ewigkeit unveränderliche Grenzen weder für Deutschland noch für andere Länder gibt oder gegeben hat und daß nicht ungünstige und – wenn man will – ungerechte Lösungen bei Detailfragen den einzigen Maßstab bilden können bei der endgültigen Beurteilung der neuen Ordnung, die sich aus diesem Krieg ergibt“⁸⁰. Etwaige territoriale Verluste müsse man im Innern, im sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereich zu verarbeiten und ins Positive zu wenden suchen⁸¹.

Hier zeigte sich bereits Mitte der vierziger Jahre der Vernunftpolitiker Brandt, der schon 1942 die Einsicht formuliert hatte, die seinen weiteren politischen Weg und insbesondere seine spätere Ostpolitik stets begleiten sollte: Man müsse „mit den tatsächlich vorhandenen Realitäten rechnen, um von ihnen ausgehend Politik zu machen“⁸². Allerdings führte von solchen Gedanken kein direkter Weg zum Warschauer Vertrag von 1970. Bereits die im Sommer 1945 zutage tretenden Entwicklungen östlich von Oder und Neiße und deren faktische Sanktionierung auf der Potsdamer Konferenz kommentierte Brandt mit Entsetzen und Verbitterung. Was nun „in Bezug auf die Grenzziehung im Osten festgelegt wurde“, gehe „weit über das Maß des Vernünftigen hinaus“. Noch erschreckender als die „gebietliche Zerstümmelung“ sei „die grausame Art, auf die zehn bis zwölf Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten, aus der Tschechoslowakei und Ungarn nach dem Westen getrieben“ würden. Was sich in den betroffenen Gebieten abspiele, „kann nur mit dem verglichen werden, was vielen anderen Millionen durch das nazistische Schreckensregime angetan wurde“. Im September 1945

⁷⁹ Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, S. 22f. Gewiß sei man in Bezug auf Polen „fest davon überzeugt, daß die Zukunft des Landes nur durch enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einerseits und mit einem demokratischen Deutschland andererseits und nicht durch vermeintliche strategische Grenzen gesichert werden“ könne. Vor allem aber glaube man „nicht, die Stabilität des neuen Polen würde dadurch gewinnen, daß man sieben Millionen Angehörige der ukrainischen und weißrussischen Minderheiten im Vorkriegspolen gegen ein Gebiet austauscht, das bisher von ca. neun Millionen Deutschen bewohnt war“.

⁸⁰ Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung, S. 15f., in: BA Berlin, SAPMO, RY 20, Bd. 89, Bl. 103f.

⁸¹ Ebenda, S. 18, in: Ebenda, Bl. 106; vgl. auch Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 345. Brandt verwies in diesem Zusammenhang auf das Vorbild der Dänen nach dem verlorenen Krieg von 1864 gegen Preußen und Österreich.

⁸² Zit. nach Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 576 mit Anm. 49 u. S. 581.

verlieh Brandt der Hoffnung Ausdruck, „daß es auf der Friedenskonferenz doch noch möglich sein wird, eine Modifizierung der durch die gebietliche Neuregelung und die Zwangsaussiedlung geschaffenen Verhältnisse zu erreichen“⁸³. Doch ein halbes Jahr später zeigte er sich weniger optimistisch. Brandt sprach nun von einer „planmäßige[n] Polonisierung“ der Gebiete „östlich der Oder-Neiße-Linie“, durch die „neue Tatsachen‘ dauerhafteren Charakters“ geschaffen würden. Bei der Unterstellung dieser Gebiete unter polnische Verwaltung handle es sich nicht um ein Provisorium, denn die Aussiedelung der deutschen Bevölkerung sei sinnlos, „wenn es sich nur um eine vorübergehende Lösung handelte“⁸⁴.

Auch wenn Brandt frühzeitig die Dauerhaftigkeit der mit der Oder-Neiße-Linie verbundenen Resultate des Zweiten Weltkriegs voraussah, bestimmte diese Einsicht dennoch nicht sein Reden und Handeln. Er vertrat vielmehr bis 1966 und auch danach noch als Bundesminister des Auswärtigen stets den Konsens der Bundesrepublik über den rechtlichen Fortbestand der Grenzen von 1937 bis zum Abschluß einer einvernehmlichen friedensvertraglichen Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung⁸⁵. Gelegentliche tastende Abweichungen von diesem Konsens, der im übrigen jede Gewaltanwendung kategorisch ausschloß, das Völkerrecht und ein „Recht auf Heimat“ jedoch für sich in Anspruch nahm⁸⁶, faßte Brandt noch Mitte der sechziger Jahre in vage und vieldeutige Wendungen wie die, eine „wahre Friedensgrenze“ zwischen Deutschland und Polen möge „Opfer kosten“, sie müsse von der Zustimmung beider Völker getragen werden, und wer auf wahre Aussöhnung und Freundschaft bedacht sei, der könne „nicht mehr versprechen, als er auch halten kann“⁸⁷.

Im Zweifel zog sich Brandt stets auf die Rechtspositionen zurück, so auch in seiner Rede auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier am 9. Juni 1963 in Köln, deren Manuskript einschließlich der darin enthaltenen Änderungen und Streichungen ein aufschlußreiches Beispiel für sein Lavieren und seine mühsame Suche nach Formulierungen in der Frage der Oder-Neiße-Linie liefert. Den eindeutigen Hinweis auf die Grenzen von 1937 hatte Brandt wieder gestrichen. Er versicherte aber, deutsche Ostpolitik dürfe „nie hinter dem Rücken der Vertriebenen gemacht werden“, und wies darauf hin, „daß der Kampf um nationale Einheit und Unabhängigkeit lange dauern“ könne. Zugleich erklärte er „in voller Offenheit“, daß durch die anhaltende Proklamation des „Rechts auf Heimat“ Schlesien und

⁸³ W[illy]. B[randt]., Nach Potsdam, in: Sozialistische Tribüne 8–9 (September 1945), S. 2 f.

⁸⁴ Brandt, Verbrecher und andere Deutsche, S. 331 u. S. 169.

⁸⁵ Vgl. zum folgenden Merseburger, Willy Brandt, S. 465–467; Schmidt, Kalter Krieg, S. 199f.; Brandt, Berlin bleibt frei, Einleitung, S. 43 f.; zum Verhältnis von rechtlichem Dogma und politischer Wirklichkeit in der bundesdeutschen Polenpolitik insgesamt resümierend Bingen, Polenpolitik, S. 316–319.

⁸⁶ Willy Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, in: Außenpolitik 8 (1957), S. 357–366, hier S. 363.

⁸⁷ Willy Brandt, Koexistenz – Zwang zum Wagnis, Stuttgart 1963, S. 112. Vgl. auch Aus der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, auf dem Parteitag der SPD in Dortmund: Die Lage der Nation, 1. Juni 1966, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 12/2, S. 807–816, hier S. 811 f.

Pommern „uns“ nicht nähergekommen seien. Gleichwohl dürfe „die Teilung unseres Vaterlandes [...] uns nicht ruhenlassen“⁸⁸. Vor der auch und gerade für die SPD wichtigen Wählergruppe der Vertriebenen beschwor Brandt eben doch die Grenzen von 1937 herauf. Markige Worte wie „Verzicht ist Verrat“ in dem Grußtelegramm der Parteiführung zu ebendiesem Schlesiertreffen, unterzeichnet von Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und Willy Brandt⁸⁹, zeugen ebenso davon wie der SPD-Parteitag 1964 in Karlsruhe, der vor einem überdimensionalen Wandbehang mit den Umrissen der Reichsgrenzen von 1937 und der Aufschrift „Erbe und Auftrag“ tagte⁹⁰.

Von Eindeutigkeit im Sinne einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze war Brandt damals jedenfalls weit entfernt⁹¹. Allerdings war ihm auch der Gedanke, dieses Problem als Verhandlungsmasse für den Fall einer späteren Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR bewußt offenzulassen, nicht fremd. Mitunter ging er gedanklich sogar weiter: Noch im Juni 1965 erklärte Brandt im Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, er gebe „die Hoffnung nicht auf, daß sich in Bezug auf die Grenzziehung Modifikationen erzielen ließen“⁹². Insgesamt bestätigt Brandts Verhalten in dieser Frage die Einschätzung seines Biographen Peter Merseburger, Brandt habe „Taktik und Strategie stets sich ändernden Umständen anzupassen“ gewußt, er sei ein Mann gewesen, „der sich ungern Optionen verbaut und sie deshalb möglichst lange offenhält“⁹³ – Eigenschaften zweifellos, die für einen erfolgreichen Machtpolitiker unentbehrlich sind, die aber zur Vorsicht mahnen gegenüber Interpretationen, die allzuviel Kontinuität und Stringenz in die Konstruktion einer Konzeption hineindeuten, die von den vierziger Jahren bruchlos in die Ostpolitik der frühen siebziger Jahre eingemündet sei.

Auf den Druck, der nicht nur von Moskau und Warschau, sondern zunehmend auch von westalliierten Seite im Hinblick auf die Anerkennung der polnischen Westgrenze ausgeübt wurde, reagierte Brandt ausweichend und wiederum mit rechtlichen Argumenten: Es sei unsinnig, wenn ausgerechnet die Verfechter der

⁸⁸ Brandt, Schlesier-Treffen 9.6.1963, Vortragsmanuskript, in: AdsD, WBA A 3, 157.

⁸⁹ Zit. nach Festakt 50 Jahre Bund der Vertriebenen am 22. Oktober 2007 im Kronprinzenpalais Berlin. Rede der Präsidentin Erika Steinbach MdB, in: Bund der Vertriebenen, Pressemitteilung vom 22.10.2007. Vgl. Brandt, Erinnerungen, S.216f. Diese Sentenz wird bis heute gerne in rechtsgerichteten Internetseiten zitiert.

⁹⁰ Siehe die Fotografie in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 23. bis 27. November 1964 in Karlsruhe. Protokoll der Verhandlungen, Hannover/Bonn 1965, S. 12, sowie Brandts Kommentar in seiner Rede, in: Ebenda, S.910; ferner Merseburger, Willy Brandt, S.465.

⁹¹ Vgl. zu Brandts Lavieren in dieser Angelegenheit gegenüber den Vertriebenenverbänden die ausführliche und kritische Darstellung von Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004, S.244–250.

⁹² Vermerk des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, über ein Gespräch mit dem französischen Präsidenten, de Gaulle, 2.6.1965, in: Brandt, Berlin bleibt frei, Dok. Nr. 102, S.480–486, hier S.484.

⁹³ Merseburger, Willy Brandt, S.153.

Zwei-Staaten-Theorie von der Bundesrepublik die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verlangten. Das würde doch bedeuten, Bonn solle die Grenze zwischen zwei anderen Staaten anerkennen, etwa die zwischen Norwegen und Schweden. Eine Grenzdiskussion habe überhaupt nur dann einen Sinn, „wenn man entweder von der Grundlage eines rechtmäßig fortbestehenden ganzen Deutschland ausgeht oder jedenfalls bereit ist, die Grenzfragen im Zusammenhang mit einer Friedensregelung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit zu erörtern“⁹⁴. Im übrigen war Brandt durchaus bewußt, daß die Grenzziehung nach der Westverschiebung ihres Territoriums auch für die Polen selbst – und nicht nur für ihre kommunistischen Herrscher – ein gewichtiges Problem darstellte. Mitunter sprach er sogar davon, Polen habe „nicht nur eine russische Ostgrenze“, sondern auch „eine ‚russische‘ Westgrenze“, nicht zuletzt weil die Sowjetmacht in der DDR durch eine massive Truppenpräsenz wichtige strategische Interessen wahrte. „Das ist für Polen wie für Deutschland eine schlechte Sache.“⁹⁵ Bereits im März 1944 hatte Brandt vorhergesehen, daß die Westgrenze Polens künftig „ebenso sehr vom deutsch-russischen wie vom deutsch-polnischen Verhältnis bestimmt“ werden würde⁹⁶. Die angestrebte friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze konnte schon deshalb nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis Moskaus gefunden werden.

Polens Rolle in Europa

Wie im gesamten sozialdemokratischen und sozialistischen Exil spielte auch in Willy Brandts Überlegungen zur internationalen Politik die Idee der europäischen Einigung, ja einer europäischen Föderation eine wichtige Rolle. Der junge Brandt dachte vor allem an eine Reihe von Teilföderationen als Bausteine auf dem Weg zur gesamteuropäischen Einheit⁹⁷. Schon 1940 erwog er eine mitteleuropäische Föderation aus – damals im linkssozialistischen Exil selbstverständlich – Großdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und möglicherweise weiteren ostmitteleuropäischen Staaten. Dabei zeigte er sich wenig besorgt über die aus einer solchen Konstruktion notwendig resultierende Gefahr einer deutschen Vorherrschaft in diesem Staatenverbund. Stattdessen sprach er von „gemeinsamen Wirtschaftsinteressen“: „Deutschland findet im Osten und Südosten Absatzmöglichkeiten für einen großen Teil seiner Industrieprodukte und kann umgekehrt den Überschuß der Agrarproduktion im Osten abnehmen.“ Für den Linkssozialisten

⁹⁴ Brandt, Koexistenz, S. 111 f.

⁹⁵ Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, S. 363.

⁹⁶ Brandt, Efter segern, in: AdsD, WBA A 3, 33, S. 75.

⁹⁷ Zur spezifisch linkssozialistischen Variante der Europavorstellungen im deutschen Exil vgl. am Beispiel der Gruppe Neu Beginnen Behring, Demokratische Außenpolitik, S. 443–465; zu Brandt ebenda, S. 574 f.; zur Einordnung in ein Spektrum von zeitgenössischen Europa-modellen Rainer Behring, Zwischen Sozialismus und Demokratie. Europakonzeptionen des sozialdemokratischen Exils im Schatten transnationaler Parteienkonflikte, in: Jürgen Mittag (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 229–249, hier S. 240–245.

Brandt war es damals selbstverständlich, daß eine solche Föderation samt Wirtschaftsunion und Planwirtschaft aus einer sozialistischen Revolution hervorgehen würde, und damit würden sich alle Probleme zwischenstaatlicher Politik ohnehin minimieren, auch die leidigen Fragen nach Grenzen und nationalen Minderheiten. Polen sollte sich in diesen Überlegungen Brandts aus dem Frühjahr 1940 allerdings „um das eigentliche polnische Gebiet sammeln“, das heißt auf ein Kleinpolen beschränken, das im Osten um die von der Sowjetunion annektierten Territorien verkleinert sein würde, ohne im Westen einen Ausgleich zu Lasten Großdeutschlands zu erhalten⁹⁸.

Solche linkssozialistischen und in der Tendenz imperialistischen Phantasien, die sich in die Tradition deutsch-russischer Kondominien über ein machtloses Polen einordnen lassen, traten später allmählich in den Hintergrund. Immerhin belegen sie ein weiteres Mal das ursprünglich recht geringe Interesse Brandts an den Geschicken Polens. Das Ziel einer europäischen Föderation verfolgte er weiter, auch wenn es in seinen außenpolitischen Konzeptionen gegen Ende des Krieges von Überlegungen zu einem weltweiten Sicherheitssystem überlagert wurde. Und aus den regionalen Teillösungen auf dem Weg zur europäischen Einigung wurde die absehbare Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Italien. Dabei hielt Brandt es auch 1944 weiterhin für „in wirtschaftlicher Beziehung“ entscheidend, „ob es gelingt, Südosteuropa in den Rahmen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzubeziehen“. Das werde allerdings von der Haltung der Sowjetunion abhängen. Hier zeigte sich selbst Brandt jedoch nicht wirklich optimistisch, wenngleich er sich bemühte, darzulegen, „daß eine im Sinne der Arbeiterbewegung und der radikalen Demokratie betriebene Föderalisierung Europas keine gegen die Sowjetunion gerichtete Spitze erhält“⁹⁹. Wesentlich in Brandts Europakonzept war, daß er am Ziel eines nunmehr demokratisch geläuterten Sozialismus festhielt. 1944 wählte er „die überwiegende Tendenz einer radikaldemokratischen Entwicklung mit mehr oder weniger sozialistischen Tendenzen“ am Werke, durch die „erheblich günstigere Voraussetzungen für eine Entwicklung zur europäischen Föderation geschaffen werden“ als im Vorkriegseuropa¹⁰⁰. Und noch 1949 stellte Brandt klar, die Vereinigten Staaten von Europa würden von sozialistischem Gedankengut erfüllt sein, oder sie würden nicht sein¹⁰¹. Damit formulierte er einen andauernden Vorbehalt auch des reifen Politikers der Westbindung gegen die Realität der europäischen Einigung: Tatsächlich lag Brandts genuine Europakonzeption in linkssozialistischer Tradition stets näher bei der Vorstellung eines eigenständigen, planwirtschaftlich-sozialistisch

⁹⁸ Brandt, Kriegsziele, in: Ders., Hitler ist nicht Deutschland, Dok. Nr. 65, hier S. 474–480, Zitat S. 477, sowie die teilweise komplementären Auszüge in: Klaus Voigt (Hrsg.), Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939–1945, Frankfurt a. M. 1988, Dok. Nr. 5, S. 56–70, Zitate S. 60.

⁹⁹ Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, S. 35–38, Zitate S. 37 f.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 37.

¹⁰¹ Vgl. Rede des Vertreters des SPD-Parteivorstands in Berlin, Brandt, auf dem VI. Landesparteitag der Berliner SPD, 8. 5. 1949, in: Brandt, Auf dem Weg nach vorn, Dok. Nr. 5, S. 99–130, hier S. 127.

organisierten Europas der „dritten Kraft“ in Äquidistanz zu den kapitalistischen USA wie zur diktatorischen UdSSR als bei einem transatlantisch orientierten und integrierten Europa liberalkapitalistischer Prägung.

Im Zusammenhang mit Polen ist Brandts nie fehlende Versicherung von Bedeutung, Europa umfasse über den Eisernen Vorhang hinweg auch den Ostteil des Kontinents. Derzeit könne sich, räumte er zu Beginn des Jahres 1949 ein, „eine politische Zusammenfassung auf der Basis der Menschenrechte [...] nur auf die Länder erstrecken, die außerhalb des sowjetischen Machtbereichs liegen. Europa-Politik muß dennoch eine Politik für *ganz* Europa bedeuten.“ Wenn die Europabewegung nicht auf Abwege geraten solle, dann dürfe sie „nicht von Feindschaft gegen Rußland oder die slawischen Völker erfüllt sein“. Sie werde sich allerdings „gegen die expansive, ausbeuterische und kulturzerstörende Politik durchsetzen müssen, die seit Jahren von den Sowjets betrieben wird. Eine zeitweilige und erzwungene Beschränkung der Zusammenarbeit auf die westlichen und mittleren Teile des Kontinents darf kein Abschreiben der osteuropäischen Völker bedeuten.“¹⁰² Bereits im September 1948 hatte Brandt auf dem SPD-Parteitag davor gewarnt, den Eisernen Vorhang einfach als eine Tatsache hinzunehmen: „In den Völkern des europäischen Ostens und Südostens“ sei „der Wille zur europäischen Zusammenarbeit da“; wichtig sei insbesondere die wirtschaftliche Kooperation. Bei allen gegenwärtigen Schwierigkeiten müsse man sich „immer den Blick freihalten für das Übermorgen“ und sich „nicht durch irgendwelche Haß- und Rachegefühle von der klaren politischen Erkenntnis abbringen lassen. Wir müssen uns vom Haß und von Rachestimmungen nicht nur selbst freihalten, sondern sie in unserem Volk bekämpfen, ganz gleich, gegen welches Volk sie gerichtet sind, gerade auch, wenn es sich um die russischen oder andere slawische Völker handelt.“¹⁰³

Es besteht kein Zweifel, daß es Brandt ernst war mit seinen Wünschen und Angeboten zu Freundschaft, Verständigung und Aussöhnung – als Verständigungspolitiker richtete er solche Appelle allerdings ebenso an die anderen ehemaligen Kriegsgegner des Deutschen Reiches –, die er während des gesamten Untersuchungszeitraums unablässig in Richtung Polen aussprach. Das fing an mit der allgemein-unverbindlichen Versicherung vom Februar 1945, man müsse „eintreten für enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, mit England, mit den Vereinigten Staaten, mit den Nachbarländern, vor allem Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei“¹⁰⁴, steigerte sich zu dem Bekenntnis, das Verhältnis zu Polen spiele „eine besondere Rolle“¹⁰⁵, und gipfelte 1963 in der Andeutung, die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland könne auf längere Sicht als Vorbild für die künftige Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen dienen¹⁰⁶.

¹⁰² Brandt, Sozialdemokratie und Europabewegung. Manuskript o. D. (handschriftliche Notiz „Anfang 49“), in: AdsD, WBA A 3, 44.

¹⁰³ Protokoll der Verhandlungen des Parteitages 1948, S. 58 f.

¹⁰⁴ Brandt, Deutschlands außenpolitische Stellung, S. 24, in: BA Berlin, SAPMO, RY 20, Bd. 89, Bl. 112.

¹⁰⁵ Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, S. 363.

¹⁰⁶ Vgl. Brandt, Koexistenz, S. 109.

Doch die Wirklichkeit dieser Beziehungen sah vorerst anders aus, und schöne Worte bedeuteten nicht notwendig politisches Handeln: Realistisch erschien zunächst ohnehin lediglich „eine gewisse Normalisierung des deutschen Verhältnisses zu Polen“¹⁰⁷.

Krise im Ostblock?

Ansätze zu einer Polenpolitik im Zuge der Entstalinisierung

Brandt hielt die Teilung Europas für gänzlich unnormale. Europa sei „durch den Ost-West-Konflikt gespalten. Es muß durch die Europäer wieder zusammengefügt werden. Den Beginn können nur die freien Völker im europäischen Westen machen. Sie können sich auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Methoden dem Ziel nähern.“¹⁰⁸ Polen gehörte für Brandt nicht zuletzt aus historischen und kulturellen Gründen ohne Zweifel zu diesem Europa. Doch welche konkreten politischen Schritte erwogte, befürwortete oder forderte er in seiner Berliner Zeit, um den östlichen Nachbarn wieder näher an den Westen des Kontinents heranrücken zu lassen? Wie sollte Polen wieder zu einem Bestandteil Mitteleuropas werden, nachdem auch Brandt es seit Ende der vierziger Jahre in einer bemerkenswerten semantischen Verschiebung konsequent in Osteuropa verortete? Gab es Ansätze einer spezifisch Brandtschen Polenpolitik?

Nach Brandts außenpolitischer Wende von 1948 spielte Polen in seinen Überlegungen zur internationalen Lage so gut wie keine Rolle. Nachdem Ende 1948 „auch die einstmalige starke Sozialistische Partei Polens von der legalen Oberfläche“ verschwunden und ihren Führern nur noch die „Wahl zwischen dem physischen und moralischen Selbstmord“ verblieben sei, habe man „erfahren müssen, daß die Kommunisten keine Bundesgenossen sind, sondern Exploiteure von Scheinbündnissen zum Zwecke einer brutalen Parteiherrschaft“. Der Antikommunist Brandt sprach nun von den „paranoiden Lügen des Kommunismus unserer Tage“¹⁰⁹. Er betrachtete die Volksrepublik Polen im wesentlichen als ein bloßes Anhängsel Moskaus. 1958 bezeichnete Brandt diese Phase im Rückblick als eine Zeit, in der es „in der europäischen Politik keinen eigenen Faktor Polen mehr“ gegeben habe. Das deutsch-polnische Verhältnis sei allenfalls „eine Frage zwischen Deutschland und Rußland“ gewesen, und bis 1956 sei nicht Warschau, sondern Moskau der Adressat jeder möglichen deutschen oder europäischen Polenpolitik gewesen¹¹⁰.

Dessen ungeachtet ist es bemerkenswert, daß Brandt auch in der Zeit des Spätstalinismus, die in Polen durch die Herrschaft Bieruts verkörpert wurde, stets von der Wandlungsfähigkeit der kommunistischen Regime überzeugt blieb. Bereits

¹⁰⁷ Ebenda, S. 110.

¹⁰⁸ Brandt, Wie weit reicht Europa? Manuskript o. D. ([Ende?] 1951), in: AdsD, WBA A 3, 62, Bl. 116–120, Zitat Bl. 119f.

¹⁰⁹ Brandt, Die weltpolitische Lage, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 44.

¹¹⁰ Willy Brandt, Betrachtungen zur internationalen Politik. Vortrag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vor der Steuben-Schurz-Gesellschaft e. V. Berlin, 17. 1. 1958, o. O., o. J. [1958], S. 10, in: AdsD, WBA A3, 84.

im Januar 1949, in einer Phase also, in der Brandt ein relatives Höchstmaß an antikommunistischer und antitotalitärer Gesinnung an den Tag legte, verwies er auf „Keime einer Überwindung des sowjetischen Totalitarismus aus den gesellschaftlichen und geistigen Kräften seines Raums heraus“ und meinte „mit einiger Sicherheit“ sagen zu können, „daß die sowjetische Herrschaftsform weder in ihrer Ausdehnung noch in ihrer inneren Struktur auf die Dauer zu halten ist“¹¹¹. In dieser Erwartung sah er sich im Herbst 1956 bestärkt: Polen geriet nun erstmals als Objekt eigenständigen und spezifischen Interesses in Brandts politisches Blickfeld. Der Aufstand in Ungarn, mehr noch aber die im selben Jahr nach dem Tod Bieruts und der beginnenden Entstalinisierung entstandenen Unruhen unter Arbeitern und Studenten in Polen sowie die daraus resultierenden Reformen veranlaßten Brandt zu Überlegungen hinsichtlich einer Aktivierung der Politik des Westens gegenüber den Staaten Ostmitteleuropas. Selbst der Wiedereinsetzung Gomulka wußte er einiges abzugewinnen: Dieser habe „sicherlich nicht aufgehört, Kommunist zu sein. Aber er ist ein mutiger Mann mit wachem Sinn für die Interessen seines Volkes. Seine Politik kann geeignet sein, die Zusammenarbeit der europäischen Völker zu fördern.“ Die Entwicklung in Polen und in anderen kommunistisch regierten Staaten „widerlege das starre Denken, das bisher nicht nur im Krenl[,] sondern auch im Westen vorherrschend war. Das Schwergewicht der Geschichte und die Kraft der Ideen setzen sich gegenüber den bloßen Ideologen durch“, notierte Brandt in der Hochphase der Entwicklungen in Polen und Ungarn Mitte Oktober 1956¹¹².

Noch Anfang 1958, lange nach der blutigen Niederschlagung der ungarischen Erhebung und nachdem auch in Polen die Unruhen nicht ohne Todesopfer vorübergegangen waren, zeigte sich Brandt geradezu euphorisiert von dem, „was sich in Polen und Ungarn von seiten der jungen Menschen, der Studenten und Arbeiter abgespielt hat“. Er währte in „den Herzen des besten Teils der jungen Generation“ ein Streben „nach ein bißchen mehr Unabhängigkeit [...], ein bißchen mehr Wahrhaftigkeit und auch ein bißchen mehr Schönheit im Leben“¹¹³. Brandt bezeichnete „die Wandlungen, die in unterschiedlichen Erscheinungsformen in den sogenannten Satellitenstaaten und auch in der Sowjetunion selbst sichtbar oder doch spürbar geworden sind“, als eine „Krise im Ostblock“: „Wir haben den Aufbruch des Nationalbewußtseins und des Strebens zur Unabhängigkeit in den durch die Sowjetunion beherrschten Ländern erlebt, vor allem in Polen und Ungarn.“ Der beste Teil der akademischen Jugend und der jungen Generation überhaupt habe „den Willen zur Freiheit auch unter den Bedingungen eines totalitären Regimes bolschewistischer Prägung aus sich selbst heraus neu entwickelt“. Dabei seien „bemerkenswerte Zeugnisse eines freiheitlich-sozialistischen Strebens zutage getreten“¹¹⁴. Einmal mehr gab Brandt zu erkennen, daß die revolutionär-

¹¹¹ Brandt, Die weltpolitische Lage, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 43f.

¹¹² Brandt, Entwurf ohne Titel. Manuskript mit handschriftlichem Datum „15.10.56“, in: AdsD, WBA A 3, 78, Bl. 127.

¹¹³ Brandt, Betrachtungen zur internationalen Politik, S. 12, in: AdsD, WBA A3, 84.

¹¹⁴ Brandt, Voraussetzungen des Ringens um die deutsche Einheit, S. 360.

linkssozialistische Begeisterungsfähigkeit des einstigen SAP-Aktivisten noch immer nachwirkte.

Brandt zog aus dieser Interpretation der Ereignisse der Jahre 1956/57 einige Schlußfolgerungen, die nicht zuletzt „für die Wiedervereinigungspolitik“ wichtig seien; der funktionale Aspekt jeglicher Polenpolitik trat auch jetzt wieder zutage: „Eine Politik, die sich an den Interessen des ganzen Deutschland orientiert“, müsse „sich heute in besonderem Maße mit den Ostfragen auseinandersetzen“. Die bundesdeutsche Ostpolitik habe nicht mehr nur mit der Sowjetunion zu rechnen, sie habe „heute im besonderen Maße die differenzierte Entwicklung in Ost- und Südosteuropa zu berücksichtigen“. Es gehe darum, „im Einvernehmen mit den westeuropäischen Staaten und Amerika neue Wege zu suchen und zusätzliche Möglichkeiten zu erschließen“. Für „eine selbstbewußte demokratische Politik“ des „Lagers der Freiheit“ ergäben sich „große Chancen“, „falls unsere östlichen Nachbarvölker ein größeres Maß von Selbständigkeit erlangen“¹¹⁵. Die bundesdeutsche Außenpolitik habe seit 1949 auf einem Bein gestanden. Nun gehe es darum, „nicht im Sinne einer Schaukelpolitik, die man uns mit Recht ankleiden würde, sondern gestützt auf die Freundschaft mit dem Westen und jeden Schritt abgesprochen mit unseren westlichen Freunden, doch auch das andere Bein – und das heißt Ostpolitik – herunterzusetzen“¹¹⁶.

Überlegungen zur Transformierung der kommunistischen Herrschaft in Ostmitteleuropa

Wie sollte eine solche Ostpolitik, sollten ihre Wege und Methoden aussehen? Durch Ausbau der bereits bestehenden Handelsverbindungen sowie die Schaffung und Intensivierung von weiteren wirtschaftlichen, technologischen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakten und Verflechtungen könnten, so Brandts Kalkül, die Beziehungen zu den „osteuropäischen“ Ländern einer Normalisierung nähergebracht und könnte zugleich eine Transformation der kommunistisch beherrschten Gesellschaften und schließlich auf lange Sicht der Herrschaftssysteme eingeleitet werden¹¹⁷. Zugrunde lagen solchen Erwartungen eine Konvergenztheorie, derzufolge die moderne Industriegesellschaft, „ob demokratisch oder nicht“, „keine totale Unterdrückung“ vertrage¹¹⁸, und die Vorstellung eines sich auflöckernden und national diversifizierenden, nicht mehr monolithischen Ostblocks. Im Rahmen dieser Überlegungen, die seine ostpolitischen Bemühungen bis zur Übernahme des Außenministeriums dominierten, visierte Brandt ungeachtet aller bilateralen, insbesondere aus der jüngsten Geschichte resultierenden Schwierigkeiten auch „eine gewisse Normalisierung des deutschen Verhältnisses zu Polen“

¹¹⁵ Ebenda, S. 360–364.

¹¹⁶ Brandt, Betrachtungen zur internationalen Politik, S. 13, in: AdsD, WBA A3, 84.

¹¹⁷ Vgl. zu Brandts Transformationskonzept gegenüber den Ländern Ostmitteleuropas Schmidt, Kalter Krieg, S. 194–199; ders., Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: VfZ 51 (2003), S. 521–563, bes. S. 552–557; Merseburger, Willy Brandt, S. 440 f.

¹¹⁸ Brandt, Koexistenz, S. 26.

an; in diesem Zusammenhang sprach er 1962/63 von Aussöhnung und Friedensgrenze sowie von der Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen¹¹⁹.

Willy Brandt war mit seinen tastenden Annäherungen an ein Konzept der Transformation der Ostblockstaaten seit 1956/57 seiner Zeit ein Stück weit voraus. Als er diese Gedanken voll entwickelt hatte, in den Jahren nach dem Mauerbau – von Belang sind hier vor allem seine Harvard-Vorlesungen über Koexistenz aus dem Herbst 1962, die im darauffolgenden Jahr in erweiterter Form als Buch erschienen, und eine zunächst unveröffentlichte Aufzeichnung für den US-amerikanischen Außenminister Dean Rusk vom August 1964 „Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und Völkern“¹²⁰ – und parallel zu seinen deutschlandpolitischen Bemühungen um eine „Politik der kleinen Schritte“ und einen „Wandel durch Annäherung“, befand er sich allerdings bereits im Einklang mit einer Vielzahl ähnlicher politischer Ansätze, die von der Administration des US-Präsidenten John F. Kennedy, von den Regierungen verschiedener westeuropäischer Staaten und nach ersten Erörterungen in der späten Adenauerzeit seit 1963 auch verstärkt von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung unter Ludwig Erhard und Gerhard Schröder verfolgt wurden und die nun rasch in die Einrichtung bundesdeutscher Handelsmissionen in Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien einmündeten¹²¹.

So wirkten Brandts resümierende Darlegungen aus dem Jahr 1964 nicht mehr wirklich originell. Die „osteuropäischen kommunistischen Staaten“ seien keine bloßen Satelliten der Sowjetunion mehr. „In den Völkern zwischen Deutschland und Rußland“ sei „ein gesamteuropäisches Bewußtsein lebendig geblieben oder wieder erwacht“. Die Fragen „der Kommunikation mit osteuropäischen Staaten und Völkern, der praktischen Kooperation und des zweckmäßigen politischen Verhaltens“ hätten begonnen, „eine größere Rolle zu spielen“¹²². Die politische Strategie des Westens bedürfe „einer permanenten Initiative und Offensive auf möglichst vielen Schauplätzen des internationalen Geschehens“¹²³, um „die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben“, ihren „Handlungsspielraum“ zu erweitern und ihre „Eigenständigkeit“ zu fördern. Auf diese Weise könnten „Kräfte der Evolution ermutigt und gefördert werden“¹²⁴. Brandt sprach erneut von Maßnahmen im wirtschaftlichen und kul-

¹¹⁹ Ebenda, S. 109–111.

¹²⁰ Ebenda, bes. S. 35–38 und S. 82–84; Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und Völkern, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 115–124.

¹²¹ Dazu knapp mit weiteren Hinweisen Haftendorn, Deutsche Außenpolitik, S. 173–175; Hanrieder, Deutschland, S. 182f.; Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990, Berlin 1999, S. 43f. Zur parallelen Konzeption einer „Öffnung zum Osten“ bei Schröder vgl. ausführlich Franz Eibl, Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966, München 2001, S. 257–264.

¹²² Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 115.

¹²³ Brandt, Koexistenz, S. 37f.

¹²⁴ Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, in: Ders., Der Wille zum Frieden, S. 116f. Subversive Einwirkungen von außen zur Stärkung der politischen Opposition im Ostblock verwarf Brandt allerdings ausdrücklich als untaugliches Mittel; ders., Koexistenz,

turellen Bereich, von gemeinsamen technischen Großprojekten etwa im Energie- und Verkehrssektor, von Vereinbarungen über wissenschaftliche Zusammenarbeit und Jugendaustausch, überhaupt von „möglichst viel Kulturaustausch in beiden Richtungen“ und erweiterten Möglichkeiten zu Begegnungen der Menschen von dieser- und jenseits des Eisernen Vorhangs. Einzelvorschläge zu erarbeiten sei allerdings die Aufgabe von Experten: Wirklich ins Detail ging Brandt nicht. Bei all dem dürfe man selbstbewußt von der Überlegenheit und der Anziehungskraft der freiheitlichen Ordnung überzeugt sein. Insgesamt könne ein an diesen Überlegungen orientiertes Vorgehen, das eine weitgehende Koordination der Bemühungen der westeuropäischen Staaten voraussetze, geeignet sein, „den Strukturwandel in einem wichtigen Feld der Weltpolitik positiv zu beeinflussen und die Wiederherstellung Europas auf längere Sicht zu fördern“¹²⁵. Bei der deutschen Frage verband sich das mit dem Grundgedanken, daß die Wiedervereinigung nicht mehr die Voraussetzung für eine internationale Entspannung bilde, sondern daß Schritte auf dem Weg zu einer Entspannung im Ost-West-Konflikt eine Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten erleichtern würden.

All dies blieb relativ vage. Brandt nannte keine Zeithorizonte und setzte seine Gedanken nicht in operative Politik um, was allerdings auch nicht die Aufgabe des Berliner Regierenden Bürgermeisters war. Problematischer erscheint es, daß Brandt von Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre dazu tendierte, die Eigenständigkeit der Regime in Ostmitteleuropa ebenso wie die Reichweite und die Auswirkungen gewisser Liberalisierungserscheinungen dort zu überschätzen. Brandts Überlegungen implizierten diese Überschätzung gleichsam sachlogisch. Dabei war es ihm durchaus bewußt, daß auch das Polen Gomulkas „kaum eine andere Wahl hat, als die sowjetische Außenpolitik zu unterstützen“, selbst wenn es „eigenwillige Wege“ gehe und „mit seiner unorthodoxen Innenpolitik, auch in der Landwirtschaft, Erfolge erzielt, die es nach dem Lehrbuch der Sowjettheorie eigentlich gar nicht haben dürfte“¹²⁶. Auch entschiedene Störmanöver des Ulbricht-Regimes, das seine besondere Zuverlässigkeit im Verhältnis zur Sowjetunion nachzuweisen bestrebt sei und engere Kontakte zwischen der Bundesrepublik und den kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas zu unterbinden trachten würde, sah Brandt voraus¹²⁷. Schließlich beklagte er sich mehrfach über „die überkritische Betrachtung Deutschlands“ in Warschau und die „negativ überdimensionierte Berichterstattung“ in den polnischen Medien¹²⁸; er diagnostizierte so-

S. 37. Zur langfristigen Wirksamkeit des von Brandt vertretenen Konzepts umfassender Kommunikation im Umgang mit den Staaten Ostmitteleuropas und der Sowjetunion siehe Gottfried Niedhart, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 233–266, bes. S. 255–261.

¹²⁵ Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, in: Ders., *Der Wille zum Frieden*, S. 116–124, Zitate S. 120 u. S. 124.

¹²⁶ Brandt, Koexistenz, S. 19 u. S. 25.

¹²⁷ Vgl. Brandt, Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, in: Ders., *Der Wille zum Frieden*, S. 121.

¹²⁸ Brandt, Koexistenz, S. 109.

gar eine ausgesprochene Feindseligkeit der polnischen Regierung gegenüber der Bundesrepublik, die es vorerst unmöglich erscheinen lasse, zu normalen bilateralen Beziehungen zu gelangen. Brandt neigte also grundsätzlich zu Optimismus, hegte jedoch keine Illusionen über die Schwierigkeit jeglicher Verhandlungen mit Polen, als er zum Bundesminister des Auswärtigen berufen wurde.

Ausblick: Brandt und der Warschauer Vertrag im historischen Kontext

Das Konzept – wenn man es überhaupt so bezeichnen kann – einer allmählichen Auflockerung des Sowjetblocks mit der Perspektive einer langfristigen Transformation und Überwindung des kommunistischen Totalitarismus durch eine Politik der kommunikativen Annäherung an die sowjetischen Satellitenstaaten ohne den Umweg über Moskau scheiterte, als es 1966/67 – in Kontinuität zu entsprechenden Bemühungen von Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder, die zuletzt in der sogenannten Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966 Ausdruck gefunden hatten¹²⁹ – Teil der Regierungspolitik des Außenministers Brandt wurde. Die überhastete Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien führte nur zu einer Verhärtung insbesondere der Positionen Moskaus und Ost-Berlins, zu „Eisernem Dreieck“ und „Ulbricht-Doktrin“, mithin zu einer Blockade weiterer Bemühungen um Kontaktaufnahme und Normalisierung im Verhältnis zu den ostmitteleuropäischen Staaten. Das konnte für Brandt nicht ganz unerwartet kommen. Immerhin hatte er sich 1966 bereits vor seinem Eintritt in die Bundesregierung mehrfach mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Pjotr Abrassimow, getroffen, um das Terrain für den direkten Dialog mit der Führungsmacht des Ostblocks zu erkunden¹³⁰: Der weitere Weg, so lautete die Konsequenz des Ostpolitikers Brandt, konnte nur über Moskau führen. Für die Polen und auch für Polens kommunistische Regierung mußte dies als Umweg erscheinen, was zu ihrem besonderen Leidwesen nicht zuletzt darin seinen Ausdruck fand, daß die Inhalte des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 bis in den Wortlaut bereits in den seit 1969 geführten deutsch-sowjetischen Verhandlungen und im Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 festgelegt worden waren.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen¹³¹ führte schließlich zu einer Anerkennung der Unverletzlichkeit ihrer jeweiligen Grenzen unter ausdrücklicher Erwähnung der Oder-Neiße-Grenze, zu einer Gewaltverzichtserklärung und in der Folge zur Aufnahme diplomatischer und weiterer Beziehungen. Dabei blieben die Rechtsvorbehalte der Bundesrepublik bezüglich einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung voll gewahrt. Brandts Verdienste um die Inaugurierung und Gestaltung dieser Politik sind unbestritten, wengleich die eigentliche Ausarbeitung und Umsetzung der operativen Politik insbesondere gegenüber der Sowjetunion seit 1968/69, nach

¹²⁹ Vgl. dazu ausführlich Eibl, *Politik der Bewegung*, S. 423–432.

¹³⁰ Vgl. Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition*, S. 191 f.

¹³¹ Abgedruckt unter anderem bei Bingen, *Polenpolitik*, S. 335 f.

einer weiteren Verzögerung aller ostpolitischen Versuche der Großen Koalition durch die Nachwirkungen der Niederschlagung des „Prager Frühlings“, Brandts engstem Mitarbeiter und Vertrauten Egon Bahr vorbehalten blieb. Brandt bahnte der Normalisierungs- und Verständigungspolitik gegenüber Polen den Weg, er gab ihr Gesicht und Stimme, und aufgrund seiner Vergangenheit als ausgewiesener Gegner des Nationalsozialismus verlieh er ihr eine Glaubwürdigkeit, die auch in Polen beeindruckte. Darüber hinaus erleichterte ihm seine aus der Exilzeit bewahrte Überzeugung, man müsse und könne auch mit der Sowjetregierung und mit Kommunisten sprechen, verhandeln und zu tragfähigen Resultaten gelangen, die Offensive in der Ostpolitik.

Selbstverständlich agierte Brandt aber nicht in einem Vakuum. Seine über Jahre gereiften, nicht in ein eigentliches Handlungskonzept, sondern eher in ein Set von politischen Einsichten und Zielen einmündenden Überlegungen zur Entkrampfung, Normalisierung und Aussöhnung im deutsch-polnischen Verhältnis im Rahmen eines umfassenden deutschland- und ostpolitischen Neuansatzes fügten sich in den sechziger Jahren in ein für entsprechende Initiativen zunehmend günstiges Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland ein, das den SPD-Vorsitzenden trug und in seinen Auffassungen bestärkte. Nicht nur weite Teile seiner eigenen Partei, unter ihnen prominente Sozialdemokraten wie Carlo Schmid und Fritz Erler, Herbert Wehner und Helmut Schmidt, dachten seit längerem in ähnlichen Bahnen¹³². Das Spektrum derer, die eine neue Politik gegenüber Polen einschließlich einer vorläufigen Respektierung der Oder-Neiße-Grenze teils befürworteten, teils propagierten, teils hinzunehmen bereit waren, umfaßte von einflußreichen Journalisten und Professoren über Teile der Kirchen und Gewerkschaften sowie einige Vordenker der Freien Demokraten auch wichtige Persönlichkeiten in der CDU, in der man bis hin zu Adenauer schon in den fünfziger Jahren hinter vorgehaltener Hand eine Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete für illusorisch gehalten und mehrfach Initiativen zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit ostmitteleuropäischen Ländern erwogen hatte¹³³. Das Verhalten der CDU/CSU-Opposition, in der es nicht wenige vernünft-

¹³² Vgl. Elsing, Polenpolitik der SPD, in: Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung, S. 57 f.; ders., Sozialdemokratie und Polen, S. 310–322 u. S. 374 f.; Dieter Groh/Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992, S. 284–286.

¹³³ Die einschlägige Literatur ist bei weitem zu umfangreich, um hier nachgewiesen zu werden. Vgl. als ersten Überblick die Darstellung des als journalistischer Meinungsführer selbst beteiligten Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, 3., überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, München 1995, S. 118–138. Weitere einschlägige Hinweise bei Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 88–99, S. 187–202, S. 325 f. u. S. 339–352; Bingen, Polenpolitik, S. 87–89; Bernd Faulenbach, Der Einfluß der kirchlichen Versöhnungsinitiativen auf Gesellschaft und Politik in Deutschland, in: Friedhelm Boll (Hrsg.), „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung, Bonn 2006, S. 33–53; Michael Schwartz, Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: VfZ 56 (2008), S. 101–151, hier S. 125–135. Vgl. ferner Gottfried Niedhart/Oliver Bange, Die „Relikte“ der Nachkriegszeit beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den

tige und einsichtige Politiker einschließlich des ehemaligen Bundeskanzlers Kiesinger gab, nach dem „Machtwechsel“ von 1969 darf nur unter Berücksichtigung der Tatsache beurteilt werden, daß sie gerade die Regierungsmacht verloren hatte und nunmehr Obstruktionspolitik um jeden Preis aus Prinzip zu treiben geneigt war; es sagt wenig aus über die mögliche Ostpolitik einer christdemokratischen Regierungsfraktion nach 1969 – im übrigen hat die Union die Ostverträge, als es darauf ankam, im Bundestag nicht verhindert¹³⁴.

Mindestens so wichtig für die Aktivierung der Ostpolitik wie der weitgehende innenpolitische Konsens, der sich im Laufe der sechziger Jahre abzeichnete, war der mehr oder weniger sanfte und wachsende Druck der westlichen Verbündeten, die nicht nur die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie außer Zweifel stellten, sondern im Zuge einer weltweit konzipierten Entspannungspolitik auch die Bundesregierung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den östlichen Nachbarn drängten¹³⁵. Die strukturellen Veränderungen der internationalen Beziehungen forderten und förderten eine Anpassung der Bonner Außenpolitik an die Vorgaben der Westmächte und darüber hinaus eigenständige Initiativen zur Entspannung. Vor diesem Hintergrund gilt es, Brandts Leistung zu historisieren: Vermutlich hätte jede bundesdeutsche Regierung in den frühen siebziger Jahren zu einem ganz ähnlichen *modus vivendi* mit Polen gefunden¹³⁶.

Sechziger- zu den Siebzigerjahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 415–448, hier S. 424f. mit Anm. 40, und den Forschungsbericht von Bange, Ostpolitik, S. 715–720.

¹³⁴ Vgl. die abgewogene Darstellung bei Wolfrum, Die geglückte Demokratie, S. 305–314, und die differenzierten und materialreichen Studien von Christian Hacke, Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975, und Andreas Grau, Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973, Düsseldorf 2005, sowie jüngst Werner Link, Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966 bis 1975, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 115–139.

¹³⁵ Für die US-amerikanische Haltung zusammenfassend Hanrieder, Deutschland, S. 175–180; Schwabe, Weltmacht und Weltordnung, S. 362–373, mit Literaturhinweisen auf S. 537, Anm. 6. Für de Gaulles Frankreich vgl. Andreas Wilkens, Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990, S. 31–39, sowie Siegfried Heimann, Willy Brandt und Frankreich (1947–1966), in: Horst Möller/Maurice Vaïsse (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 75–89.

¹³⁶ Vgl. die souveräne Zusammenfassung aller Argumente bei Werner Link, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: VfZ 49 (2001), S. 295–315, hier S. 296–302. Vgl. auch ders., CDU/CSU-Fraktion, in: Schwarz (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor, bes. S. 137–139. Nicht zu überzeugen vermögen demgegenüber die Schlußfolgerungen von Oliver Bange, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966–1969, in: Günter Buchstab (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, S. 455–498, hier S. 484–486.